

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stg Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Inserionspreis pro dreispaltige Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

**Der Kampf in Frankfurt a. M. und Offenbach tobt weiter! Kollegen allerorten! Unterstützt die unerschrockenen und zähen Kämpfer, indem ihr jeglichen Bezug auf das strengste fernhaltet! :: :: ::**

## Der Kampf in Frankfurt a. M. und Offenbach.

Wer von unsern Frankfurter Mitgliedern bisher der Meinung war, daß in Frankfurt ein Streik niemals lange dauern würde, der ist heute gründlich von dieser irrigen Meinung kuriert. Unsere Lohnkämpfe werden eben überall schwerer und erbitterter, weil die Arbeitgeber durch den Arbeiterschutzbund für das Bäcker-gewerbe gehörig scharf gemacht werden. Kommen ihnen dann noch die gelben, gewohnheitsmäßigen Streikbrecher zu Hilfe, dann bilden sie sich tollends ein, daß ihre Wärme in den Himmel wachsen könnten. Diese prohigen Arbeitgeber zahlen jetzt in Frankfurt und Offenbach durch ungeheure Schädigung ihrer Geschäfte Lehrgeld, was sie sobald nicht wieder vergessen werden. Und dieses sehr hohe Lehrgeld wird sie hoffentlich in Zukunft zu anständigen Tarifreunden machen, die sich zur Ehrenpflicht machen, einmal abgeschlossene Tarifverträge auch einzuhalten.

**Die Streikleitung hat sich darauf eingerichtet, daß das Ringen um den ausschlaggebenden Erfolg in Frankfurt und Offenbach noch wochenlang dauern wird und unsere Streikenden kennen nur eine Parole: Durch! Der Kampf muß durchgeführt werden!**

In beiden Städten arbeiten die Innungen und die Gelben mit den gleichen Mitteln. Erst erklärten sie zu Ostern in großen Annoncen in der bürgerlichen Presse, daß der Streik bald beendet sein würde, weil ihnen nur noch 30 Streikbrecher fehlten. Einige Tage später erklärten sie schon durch Annoncen den Streik für beendet, weil alle Plätze besetzt seien. Die Streikleitung konnte der Öffentlichkeit beweisen, daß an demselben Tage, an welchem diese Annoncen erschienen, noch in ca. 40 auswärtigen Blättern Streikbrecher gesucht wurden, und am gleichen Tage der Innungsfretär noch Karten nach auswärts schrieb, worin er um Sendung von Streikbrechern ersuchte.

Diese in allen Teilen des Landes in der bürgerlichen Presse gebrachten Mitteilungen der Innungen verschulden es, daß nun in Unkenntnis der Verhältnisse viele junge, Ostern erst ausgelernte Kollegen nach Frankfurt kamen, um dort allerdings von den Streikposten abgefangen und weiter transportiert zu werden. Aber der große Zuzug zeigte doch, daß unsere Funktionäre in einzelnen Städten nicht auf dem Posten waren, sondern nach dem ersten energischen Versuch, den Zuzug fernzuhalten, jetzt ziemlich gleichgültig die Sachangehen ließen. Sofort wurde durch die Streikleitung ein Zirkular an die Verbandsorte versandt, daß der Kampf noch wochenlang dauern würde, und die nächsten Tage konnte man auch schon sehen, daß jetzt in den Verbandsorten wieder rühriger gearbeitet wurde. Der Zuzug blieb nun fern.

Jetzt kamen die Gelben her und veröffentlichten in der bürgerlichen Presse in Frankfurt wie in Offenbach ihr gelbes Tarifmachwerk, das sie nun mit der Innung abgeschlossen hatten, was aber nur eine Abschrift des bisher bestandenen Tarifs war; nur mit dem Unterschied, daß man noch Verschlechterungen hineingearbeitet hatte. Dieses Machwerk ließen sie nun gemeinsam mit der Innung drucken und das hielt man jedem Kunden vor mit der erlogenen Behauptung, daß man die Forderungen bewilligt habe. Die Streikleitung mußte in beiden Kampforten jede Woche einigemal Flugblätter herausgeben, um nur diesen Schwindel aufzudecken und die Bevölkerung

aufzuklären. Schließlich sah sich auch die Streikleitung gezwungen, zur Aufklärung der kleinstädtischen Bevölkerung große Annoncen in der bürgerlichen Presse einzurücken. Bei diesem Kampfe ist bisher an Druckkosten für Flugblätter und Annoncen mindestens der fünffache Betrag ausgegeben worden, als was an Streikunterstützung notwendig war.

Der Mehlboykott, den die Innungen beider Städte mit so großem Lantam ins Werk setzten, war ein Schlag ins Wasser. Sofort nach seiner Proklamierung konnte die Streikleitung erklären, daß die Bäckermeister, welche bewilligt hatten, genügend Mehl von ihr bekommen könnten. Das verschmupfte die Mehlhändler und sie dachten gar nicht ernst an die Durchführung des Mehlboykotts. Die Streikleitung wird nun allerdings das aufgekaufte Mehl anderwärts wieder loszuschlagen müssen; denn die Frankfurter und Offenbacher geregelten Betriebe brauchen solches nicht — aber das ist die geringste Mühe! Ein Mehlhändler erklärte der Streikleitung, daß es ihm schon lieber gewesen wäre, die Innungen hätten ihm ein Mittel gesagt, wie er seine ausstehenden Gelder von den Bäckermeistern einstreiben könnte, als daß sie ihm mit solchem Unsinn kommen.

Nach dieser Blamage holten Innung und gelber Streikbrecherbund zu einem Hauptschlag aus. Am 7. April wurden in Frankfurt und am 8. April in Offenbach alle Bäckermeister, die nicht bewilligt hatten, mit Plakaten versehen, die in Farbe, Größe und Druck den täuschend ähnlich nachgemacht waren, die von der Streikleitung an die geregelten Betriebe und an die Wirte herausgegeben waren. Sogar den Stempel der Organisation, welcher den Plakaten der Streikleitung aufgedrückt war, hatte man täuschend ähnlich nachgemacht. Mit diesem gemeinen Schwindel-maßstab liefen nun die Bäckermeister in beiden Städten bei ihrer Kundschaft umher und erklärten, daß sie die Forderungen der Streikenden bewilligt hätten. Es muß hier konstatiert werden, daß sehr viele Leute aus dem kleinstädtischen Publikum, aber auch sogar organisierte Arbeiter und sogar Streikende im ersten Augenblick auf diesen Schwindel hineinfielen und wirklich glaubten, die Forderungen, welche dieses famose Plakat vorzeigte, hätten die Forderungen bewilligt. Aber nur einige Stunden dauerte die Täuschung, dann erschienen die Annoncen und Flugblätter der Streikleitung und kärten die Bevölkerung auf, und mit Ekel wandte sich die rechtsdenkende Bevölkerung von den Fälschern ab. Nur noch erbitterter wurde durch diesen Versuch gemeinsten Täuschung der Brotkonsumenten die Erbitterung der organisierten Arbeiterschaft, und wir können heute den Herrschaften für ihren genialen Streich dankbar sein; denn diese Gemeinheit hat die Arbeiterschaft aufgepeitscht zur scharfen Führung des Brotboykotts.

In Frankfurt waren zum 11. April sieben Volksversammlungen anberaumt, um diese gemeine Fälschung der Bäckerinnung und ihrer Gelben gehörig zu charakterisieren, und in Offenbach wurde zum 13. April eine Volksversammlung angesetzt. Dort wird mit dem Gaunertrick der Bäckermeister und der Gelben abgerechnet werden.

Am 9. April waren die Streikenden in Frankfurt in sehr gut besuchter Versammlung erschienen. Auch die zu neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen waren in großer Zahl anwesend, so daß die Versammlung sehr gut besucht war. Allmann gab den Situationsbericht.

Danach stehen noch im Streik 414 Kollegen, darunter 116 Verheiratete mit 278 Kindern, 189 jüngere Kollegen sind abgereift, so daß in der Hauptsache nur noch ältere Kollegen im Streik stehen. In 73 geregelten Betrieben arbeiten 317 Kollegen (darunter 67 Hausburgen), zu den neuen oder noch besseren Bedingungen.

Die Stimmung der Versammlung war ausgezeichnet und die Frankfurter Kollegen besetzt jetzt ein guter Kampfesmut. Sie sind überzeugt, daß sie sich noch weitere Erfolge erkämpfen werden.

In Offenbach arbeiten die organisierten Frauen nach den stattgefundenen Frauenversammlungen ausgezeichnet. Sie besuchen in ihren Stadtvierteln die Frauen, von denen sie erfahren, daß sie noch in boykottierter Bäckerei kaufen und reben ihnen zu, daß sie ihre Backwaren in geregelten Betrieben kaufen. In Offenbach haben 24 Meister bewilligt, die 36 Gehilfen beschäftigen. Das ist ein Drittel der dort bestehenden Bäckereien mit einem Drittel der beschäftigten Gehilfen. 22 Kollegen stehen noch im Streik, zwei haben sich selbständig gemacht und drei sind abgereift.

In Frankfurt haben sich auch sechs verheiratete Hausburgen selbständig gemacht, indem die bei der Streikleitung eingegangenen Bestellungen auf Brot und andere Backwaren ihnen überwiesen wurden, und sie beziehen nun auf eigene Rechnung ihre Backwaren aus geregelten Bäckereien und bringen diese an ihre Kundschaft aus.

Wie wir hörten, belamen von den Kleinmeistern, denen es besonders schlecht geht, weil sie den Verlust ihrer Kundschaft noch schlechter ertragen können wie die Kapitalproben, die Innungsvorstände in beiden Städten in den letzten Innungsversammlungen keine Liebenswürdigkeiten zu hören. Aber diese Herren wollen ja auch nichts anderes, als bei dem Kampfe eine Anzahl Kleinmeister geschäftlich ruinieren, damit sie lästige Konkurrenten los werden.

Höflich ist es, wie sich die Innungspresse mit dem Kampfe abfindet. Nach der ersten Woche des Streiks hat sie schon jubiliert: „Allmann kann als geschlagener Feldherr wieder abziehen“ und jetzt ist es in den meisten dieser Blätter recht still geworden. Siegesfanfaren hört man nicht mehr. Sie werden auch nicht mehr jubeln; denn mag der Kampf uns noch bedeutende Erfolge bringen oder nicht, das bleibt schließlich unbedeutend zu dem Erfolge, den wir jetzt schon errungen, nämlich, daß dieser prohigen Innungsstrauergesellschaft einmal für ihren fortwährenden Tarifbruch ein derartiger Denkartel verabreicht wurde, an dem sie Jahrzehnte genug haben werden.

Und sie werden noch einsehen müssen, daß sie sich nur selbst mit ihrer rückständigen Prohigkeit geschadet haben, noch mehr aber mit ihrem gemeinen Fälscher- und Gaunertrick, den sie mit den nachgeahmten Plakaten ausüben wollten.

Der Kampf in Frankfurt und Offenbach war von vornherein ein schweres Ringen, aber er ist eine denkwürdige Etappe in unsern Kämpfen um ein menschenwürdiges Dasein! Und unsere Kollegen sind voller Mut und Entschlossenheit; sie wissen, daß sie und ihre Streikleitung im Kampfe ihre volle Pflicht und Schuldigkeit bisher getan haben. Sie werden um so energischer und zielbewußter weiter kämpfen und auch weitere Erfolge erringen!

## zur Arbeitslage.

Die Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage mehren sich von Tag zu Tag und die nunmehr vorliegenden zahlenmäßigen Angaben über den Arbeitsmarkt im Monat Februar lassen erkennen, daß die Konjunkturlage ziemlich rasch in die Höhe geht. Zwar hat sich der Arbeitsmarkt im Februar nicht einheitlich gestaltet, aber die ungünstigen Momente werden von den günstigen überwogen. So hat die überaus milde Witterung verschuldet, daß sich die Absatzverhältnisse und damit die Beschäftigungsgelegenheit in der Steinkohlen- und Braunkohlenindustrie stark verminderten; dafür weist das Baugewerbe infolge der günstigen Witterungsverhältnisse einen besseren Beschäftigungsgrad auf als sonst. Auch die Tuchfabrikation und das Bekleidungs-gewerbe ziehen Vorteile aus der warmen Witterung. Die Textilindustrie leidet unter den hohen Rohmaterialpreisen. In der Eisen- und Metallindustrie ist die Beschäftigung etwa gleich groß wie im Vormonat, doch macht sich allgemein eine leichte Besserung geltend. In der elektrischen Industrie halten sich günstige Berichte aus einigen Bezirken mit ungünstigen aus andern Bezirken die Waage. Ein Anziehen der Beschäftigung wird aus der Blumen-, Spielwaren-, chemischen, Papier-, Tapeten-, Lederindustrie und aus dem Buchdruckgewerbe gemeldet.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ergab sich bei den an das Kaiserlich Statistische Amt berichtenden Krankenkassen am 1. März gegenüber dem 1. Februar eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder um 55 610, und zwar um 42 831 männliche und 12 779 weibliche, während am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar die Abnahme 2411 betrug.

Gegenüber dem Februar 1909 war die Zunahme gleichfalls wesentlich größer; sie betrug damals 7167 Mitglieder. Auch die Berichte der Arbeitsnachweise lassen eine Belebung des Arbeitsmarktes in die Erscheinung treten. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im Februar 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 229, bei den weiblichen 90 Arbeitsgesuche gegen 298 bzw. 89 im Februar 1909 und 254 bzw. 98 im Vormonat. Bei 735 berichtenden Arbeitsnachweisen zeigt das Gesamtergebnis gegen den gleichen Monat des Vorjahres, daß einer Zunahme der Arbeitsgesuche um rund 3000 eine Zunahme der offenen Stellen um rund 28 000 und der besetzten Stellen um rund 22 000 gegenüberstand. Nach den für Februar vorliegenden Berichten entfallen auf rund 294 000 männliche Arbeitsuchende rund 131 000 offene Stellen und auf rund 57 000 weibliche Arbeitsuchende rund 63 000 offene Stellen.

Für den Bäder- und Konditorberuf kann folgendes festgestellt werden. Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen wurden für beide Berufe 7744 männliche Arbeitsuchende, 4540 offene Stellen und 4381 Vermittlungen gebucht. Auf je 100 offene Stellen entfielen 171 Arbeitsuchende gegen 178 im Februar 1909 und 197 im Januar 1910. Nach diesen Relativzahlen zeigt die Arbeitslage auch für unsere Berufe eine Besserung, die im Vergleich zum Parallelmonat des Vorjahres 7 pSt. und im Vergleich zum Januar 26 pSt. beträgt.

Die Vermittlungstätigkeit für unsere Berufe in den einzelnen Landesteilen bzw. Provinzen charakterisiert sich folgendermaßen:

Staat oder Landesteil	Zahl der			Auf eine offene Stelle entfallende Arbeitsuchende	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	im Berichtsmont	im Vormonat
Ostpreußen	79	42	42	1,88	2,56
Westpreußen	24	6	6	4,—	1,17
Berlin	2628	2042	2008	1,28	1,61
Provinz Brandenburg	115	74	70	1,55	1,51
Pommern	100	46	46	2,17	2,72
Posen	74	41	41	1,80	2,03
Schlesien	291	207	206	1,40	1,43
Sachsen	156	81	81	1,92	2,81
Schlesw.-Holst.	96	18	17	5,33	5,05
Hannover	139	92	91	1,51	1,98
Westfalen	423	71	67	5,95	6,06
Hessen-Nassau	45	3	2	15,—	24,—
Rheinland	218	68	60	3,20	3,21
Königreich Bayern	669	191	166	3,50	2,41
Sachsen	711	495	475	1,44	1,66
Württemberg	227	97	80	2,34	3,86
Großherzogtum Baden	741	187	166	3,96	4,71
Hessen	21	—	—	—	12,—
Anderer l. Bundesstaaten	26	6	3	4,33	3,75
Hamburg	547	605	604	0,90	1,10
Schles.-Lothringen	419	168	150	2,49	2,81

Soweit in den Staaten und Provinzen die Vermittlungstätigkeit eine umfangreichere war und dadurch Vergleiche möglich sind, ist folgendes zu sagen. Eine besondere Besserung der Arbeitsgesuche ist eingetreten in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Posen, Sachsen, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, in Berlin, im Königreich Sachsen, Württemberg, in Baden, Hamburg und Elsaß-Lothringen. Ziemlich gleich blieb die Zahl der Arbeitsuchenden in den Provinzen Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein und Rheinland. Eine starke Vermehrung der Arbeitsuchenden ist nur für das Königreich Bayern zu verzeichnen. Auf die günstige Beschäftigungslage war Ostern von erheblicher Bedeutung und wird das auch noch bei den Zahlen für den März zum Ausdruck kommen. Ob eine wirklich anhaltende Besserung für unsere Berufe eingetreten, wird sich erst zeigen, wenn keine störenden Momente mehr vorhanden sind.

## Die Tätigkeit der Generalkommission im Jahre 1909.

In der neuesten Nummer des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erfährt der Lesende die Tätigkeit der Generalkommission im vergangenen Jahre. Einleitend wird auf die die Arbeiterklasse im Jahre 1909 so stark berührende Tätigkeit des Reichstages hingewiesen, auf die sogenannte Finanzreform, die eine erhebliche Verteuerung der Verbrauchs- und Genussmittel im Gefolge hatte und die organisierte Arbeiterschaft zu erneuten Anstrengungen aufrief, um durch den Lohnkampf einen Ausgleich zwischen Teuerung und Verdienst herbeizuführen. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung war dagegen die Arbeit des Reichstages äußerst dürftig. Das Arbeitskammergesetz entspricht schon keineswegs den Forderungen der Gewerkschaften, die etwa liberalen Änderungen, die die Reichstagskommission beschloß — z. B. auch die, daß Gewerkschaftsangehörige als Vertreter in die Arbeitskammern gewählt werden können —, fanden bei der Regierung kein Gehör. Der dem Reichstage neu zugegangene Gesetzentwurf zeigt nur die Aufnahme der Verschlechterungen, nicht der Verbesserungen, die die Kommission beschloß. Die Gewerkschaften müssen nun von neuem ihre Forderungen dagegen geltend machen. Einen gleich scharfen Protest vom Standpunkte der Arbeiterinteressen fordert die Reichsversicherungsordnung. In Rücksicht auf die Bedeutung dieses für die Arbeiter so wichtigen Gesetzes hatte die Generalkommission bei den Zentralverbänden angeregt, sich auf den Generalversammlungen der Verbände mit dieser Materie zu beschäftigen. Die Generalkommission selbst stellte Referenten aus ihrer Mitte dazu. Auch hier läßt der neue Entwurf jede Berücksichtigung der von den Gewerkschaften und den Versicherten erhobenen Wünsche vermissen. — Der von deutschen Bundesstaaten immer mehr zur Einführung gelangende Legitimationsstartenzwang für ausländische Arbeiter konnte durch Intervention der Arbeitervertreter im Reichstage nicht beseitigt werden. Die Generalkommission hat nun der Internationalen Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen das Material über den Legitimationsstartenzwang unterbreitet. Die Vertreter der Konferenz verpfichteten sich, dafür zu wirken, daß die ausländischen Regierungen Schritte tun, um die Rechte der Staatsangehörigen ihrer Länder gegenüber dem Vorgehen der Regierungen einiger deutscher Bundesstaaten zu wahren. — Bezüglich der Maidemonstration wird der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission Erwähnung getan, die die Bildung von Bezirksfonds anregt. — Von der Zentrale für die arbeitende Jugend kann über gute Fortschritte in der Jugendbewegung berichtet werden. Das von der Zentrale herausgegebene Blatt ist in der Auflage so gestiegen, daß es sich aus der Einnahme von Abonnementgeldern erhalten kann. Eine Konferenz von Vertretern der Jugendausstufung dürfte in absehbarer Zeit stattfinden, um eine Aussprache über die praktischen Erfahrungen in der Jugendzucht und Jugendbildung herbeizuführen. — Auch die Organisation der Hausangestellten, besonders aber die der Landarbeiter hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Eine neue Einrichtung, die das Tätigkeitsgebiet der Generalkommission wirksam erweitern wird, ist mit der Errichtung einer Sozialpolitischen Abteilung getroffen worden, die in den nächsten Wochen ihre Funktion aufnehmen wird. Sie wird die Arbeiten für den Bauarbeiterverband, Heimarbeiterschutz u. in sich aufnehmen, für den Arbeiterschutz im allgemeinen wirken, dafür nötige Materialien sammeln, ordnen und verarbeiten und jederzeit zur Verfügung halten, um den Arbeitervertretern in den Parlamenten bei Anträgen und Begründungen von Gesetzesvorlagen dienen zu können. Der Parteivorstand hat hierzu seine Mitwirkung zugesagt, da doch auch diese Materialiensammlung von den Abgeordneten der Partei in der Hauptsache benutzt werden dürfte.

Eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser machte sich notwendig, da im Berichtsjahre wiederum vielfach Anträge an die Generalkommission zur finanziellen Unterstützung von Gewerkschaftshäusern gestellt wurden, auch mehrfach Sammlungen über den Ort hinaus zum Bau von eigenen Gewerkschaftshäusern gemacht wurden. Nach einer erschöpfenden Aussprache auf der Konferenz wurde eine Zentrale geschaffen, die bei der Errichtung und Verwaltung von Gewerkschaftshäusern um Rat und Auskunft angegangen werden soll. — Sodann wird der internationalen Beziehungen gedacht, der in England in Aussicht genommenen Demonstrationen für den Frieden, ferner des Besuchs des Vertreters der amerikanischen Gewerkschaften in Deutschland, der Tagung der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und des bevorstehenden internationalen Kongresses. — Die von der Generalkommission geleitete Agitation vollzog sich durch Errichtung von Agitationsstellen und Auskunftsstellen an einigen Orten. Durch die Herausgabe von Broschüren und der italienischen und polnischen Fachzeitung wurde diese Agitation unterstützt. Das „Korrespondenzblatt“ wurde inhaltlich vorteilhaft erweitert durch Beifügung einer monatlich erscheinenden Literaturbeilage, die alle Neuerscheinungen gewerkschaftlicher Literatur bespricht, ferner auch durch Vermehrung der statistischen Beilage! Die Auflage erhöhte sich auf 26 200 Exemplare. — Gewerkschaftliche Unterrichtsstunden wurden drei abgehalten. Zu 21 Generalversammlungen der Gewerkschaften entsandte die Generalkommission Vertreter. Die Generalkommission hielt 48 Sitzungen ab. — Die Einnahmen der Generalkommission bezifferten sich inklusive Bestand auf rund M 789 000, die Ausgaben auf rund M 850 500, so daß M 438 695 Vermögensbestand verbleiben. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um M 90 000 gestiegen, die Einnahmen dagegen nur um ein Geringes. Von den Ausgaben wurden mehr als 50 pSt. für Agitation verwendet. In den Sammlungen für Streiks ist die für die Schweden mit rund M 1300 000 aufgeführt, ein Betrag, der seit der Bergarbeiterbewegung im Jahre 1905 in Deutschland als Streiksammlung noch nicht erreicht worden ist.

## Das Arbeiterinnensekretariat,

eine zur wirksamen Betreibung der Agitation unter den Arbeiterinnen und deren Interessenvertretung von der Generalkommission errichtete Institution, kann vom Jahre 1909 von einer größeren Inanspruchnahme berichten. Von ihm wurde eine allgemeine Agitation eingeleitet, um den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu erringen. Zu diesem Zwecke wurde ein Flugblatt in einer Auflage von 200 000 Exemplaren hergestellt. Das durch diese Agitation gewonnene Material soll zu einer Petition an den Reichstag bearbeitet werden. Außer diesem Flugblatt wurde ein Serienflugblatt, das den Gewerkschaften und Kartellen unentgeltlich zur Ver-

fügung gestellt wird, herausgegeben. Das erste dieser Flugblätter spricht generell von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, das zweite von den Leistungen, das dritte von den Erfolgen der Gewerkschaften.

Den Kartellen wurde die Anregung gegeben, Besuchsstellen für die Arbeiterinnen zu errichten, um dort Besprechungen über ungenügenden Arbeiterinnenschutz entgegenzunehmen. Diese Anregung sowohl wie die Flugblätter wurden im Einverständnis und unter Teilnahme der Parteioptionen geschaffen.

Das Sekretariat vermittelte, wie auch in Vorjahren, eine Reihe weiblicher Referenten für Gewerkschaftsversammlungen. Die veranstalteten Uebungsstunden für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen erfreuten sich reger Teilnahme.

## Lohnbewegungen und Streiks.

**Aus Hannover - Liden.** Am 29. März haben in Liden Verhandlungen mit dem Lidenen Innungsvorstande stattgefunden. Nach gut zweistündiger Verhandlung, an welcher von Seiten der Arbeitnehmer zwei Vertreter des Bäderverbandes, ein Vertreter des Kartellvorstandes sowie der Gesellenausschuß teilnahmen, einigte man sich auf folgender Grundlage:

§ 1. Kost und Logis werden nicht mehr gewährt; hierfür tritt eine bare Vergütung von M 12 pro Woche ein.

Wo Gesellen ausdrücklich beim Meister in Kost und Logis verbleiben wollen, ist dies bis zum 1. April 1911 zulässig, mit Ausnahme der Betriebe, in denen mehr als ein Geselle beschäftigt wird.

§ 2. Der Mindestlohn beträgt M 22 pro Woche.

§ 3. Die Arbeitszeit entspricht den Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896.

§ 4. Ueberstunden werden mit 50 p pro Stunde vergütet, jedoch tritt Bezahlung derselben erst ein bei 80 Stunden pro Woche geleisteter Arbeit.

§ 5. Der Tarif gilt auf die Dauer von zwei Jahren. Erfolgt spätestens einen Monat vor Ablauf keine Kündigung, so gilt derselbe auf ein weiteres Jahr.

§ 6. Dieser Bericht wird auf dem Gewerbegericht in Liden niedergelegt und sind dessen Bestimmungen die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Am 30. März waren die Lidenen Bädergesellen versammelt und nahmen zu dem Bericht Stellung. Genau wie vor einigen Wochen versuchten auch hier wieder der Geselle des Obermeisters Herbst sowie der des Bädermeisters Burgdorf, sich in recht ungehöriger Weise bemerkbar zu machen. Die Versammlung beschloß dann gegen drei Stimmen, den Abmachungen zuzustimmen.

Am 31. März waren die hannoverschen Bädergesellen wieder versammelt und beschloßen nach einem Referat des Verbandssekretärs Kahl-Gamburg nachstehende Resolution:

„Die heute, am 31. März, im „Arbeiter-Verein“ versammelten circa 200 Bädergesellen beauftragen die Leitung des Bäderverbandes, veranlaßt durch das Verhalten des Innungsvorstandes am 23. März, im Anschluß an die in Liden zum Abschluß gebrachten Verhandlungen für Hannover sofort die erforderlichen Schritte zwecks Abschaffung des Kost- und Logiswesens in die Wege zu leiten.“

Zu den Abmachungen mit dem Vorstande der Lidenen Innung hatte nunmehr die Innungsversammlung noch ihre Zustimmung zu geben. Der gesamte Innungsvorstand und ein Teil der Meisterkommission haben aber ihr bei den Verhandlungen unserm Hauptvorstandsvertreter gegebenes Wort nicht gehalten. Nicht ein einziger der Herren hat auch nur ein Wort für die Annahme dieser Abmachungen eingelegt. Im Gegenteil, einige haben noch direkt dagegen gesprochen, ganz besonders Herr Alphe, Marktstr. 12, indem er hier, entgegen seiner Zustimmung bei den Verhandlungen, die Forderungen als unerfüllbar erklärte. Herr Kahlert, Molkestr. 2, ebenfalls Kommissionsmitglied, sprach statt wie bei den Verhandlungen dafür, jetzt dagegen und behauptete, die Gesellen wollten das überhaupt nicht, sondern nur der Verband. Er hatte sogar Bedenken, daß, wenn die Innung den Abmachungen zustimme, er keine gelben Gesellen mehr beschäftigen dürfe. Ganz besonders scharf sprachen noch gegen die Annahme der provisorischen Abmachungen die Herren Bourbeck, Barenberg, Schieber und Gert. Selbst Herr Sauerbrey, welcher bei den Verhandlungen noch selbstbewußt erklärte: „Diese Abmachung nimmt die Innungsversammlung ohne weiteres an“, glaubte die Anwesenden noch davor warnen zu müssen, den Abmachungen zuzustimmen. Also nicht ein einziger der Meister, die das veröffentlichte Wort mit uns vereinbart, die uns sogar gebeten, bei den einzelnen Punkten der Forderungen im Interesse des Friedens etwas abzulassen, hat ein Wort für die Annahme gesprochen. Alle haben geschwiegen oder gar noch dagegen gesprochen. Die Herren hätten den Schreier um Barenberg und Gert nur sagen sollen, daß, wer Wind sät, auch Sturm erntet. Herr Barenberg hat ausdrücklich erklärt, er wolle durch seine Rede in den „Korrespondenzblättern“.

Am 30. März hielt die hannoversche Innung eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sich mit der Agitation der Verbandsgegner beschäftigte. Obermeister Brögger gab bekannt, daß man von Seiten des Innungsvorstandes eine Gesellenversammlung einberufen gedenke. In dem von Verband einberufenen Versammlungen seien nur Katesbäder anwesend gewesen. Frohlockend verkündete er, daß in der von Weher einberufenen Meisterversammlung kein einziger Meister gegen ihn sei. Der Pferdehändler und Streifbadervermittler F. Kuhn erklärte, daß die ganze Bewegung keine Bäder-, sondern eine Arbeiterbewegung sei. In Frankfurt seien von 1200 Gesellen nur 153 in den Streik getreten! Die dort balant gewordene Stellen habe man schon am zweiten Tage besetzt gehabt. Von Götting seien 21 und von Hannover 20 Streifbader geliefert worden. Krollmann wünscht eine Unterstützung der durch Wohlthat geschädigten Kollegen. Obermeister Brögger verweist auf den Arbeitgeberschutzverband, der M 100 000 Vermögen habe. Auf Antrag Schmitzer wurden pro Monat 50 p Extratage zur Unterstützung bei einem eventuellen Boykott beschlossen. Jetzt kam der Clou des Abends. Herr Bädermeister Franz Bassili hielt eine gepfefferte Philippika gegen die

**Bestrebungen der Verbandsgesellen.** Er bedauert nur, daß der Germania-Verband so wenig in dieser Sache tue. Es sei gänzlich unmöglich, in den Kleinbetrieben Kost und Logis abzuschaffen. Er legte sich besonders für die Erhebung eines Extrabeitrages und für die Erhaltung des Mittelstandes ins Zeug. Weiter wurde dann noch beschlossen, das Grundstück Ecke Brüder- und Herzogstraße zur Erbauung des Innungshauses zu kaufen. Die Kosten betragen M. 800 000. Mit Erstaunen haben wir von der Wandlungsfähigkeit des Bädermeisters Bassilié Kenntnis genommen. Er, der früher als Verbandsmitglied mit Feuer die Forderung auf Abschaffung von Kost und Logis vertreten, erklärt heute, nach über 20 Jahren, diese Forderung als eine Utopie. Wir Hannoveraner glauben es ihm, daß er lieber seine Leute im Hause behält, da kann er wenigstens seinen erzieherischen Einfluß geltend machen. Fast einem jeden seiner Gesellen hat dieser Verwandlungskünstler Schläge mit einem Gummischlauch angeboten. Es gibt kaum einen Meister in Hannover, der in solcher kurzen Zeit schon soviel Gesellen gehabt hat wie Franz Bassilié. Sein Ladenmädchen tituliert er mit Missbiene, Dresden und dergleichen mehr. Allen Gesellen flunkert er vor, er sei aus der Organisation ausgetreten, weil der Verband ins rote Lager hinübergeschwenkt sei und er für die Bädergesellen einen Mittelstand schaffen wolle. Deshalb sei er bei auch einer Wahl des Verbandsvorsitzenden gegenüber Allmann unterlegen. Nunmehr ist ja Franz Bassilié glücklich in den Armen des hannoverschen Innungsvorstandes gelandet. HOFFENTLICH bekommt er dort recht bald, was ihm in unserer Organisation freilich vorenthalten blieb: Einen Sekretärposten. Jetzt, wo der Bau des Innungshauses beschlossen ist, mußte sich Bassilié natürlich in liebevolle Erinnerung bringen.

**Lohnbewegung in Harburg.** Nachdem die am 16. März abgehaltene Versammlung die Wiederaufnahme der verfallenen Bewegung vom Vorjahre beschlossen hatte, war gleichzeitig der Organisationsleitung in Gemeinschaft mit dem Gesellenausschuß der Auftrag erteilt worden, die zu stellenden Forderungen zu formulieren und einer erneuten Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Das geschah in der am 6. April abgehaltenen Versammlung, die wiederum sehr gut besucht war. Die Forderungen haben folgenden Wortlaut:

- Tarifentwurf.**
1. Kost und Logis werden den Gehilfen im Hause des Arbeitgebers nicht mehr gewährt. An ihre Stelle tritt ein Lohnzuschlag von M. 12 pro Woche.
  2. Der Mindestlohn beträgt in der Folgezeit M. 25 pro Woche. Wo heute bereits höhere Löhne gezahlt werden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden.
  3. Die tägliche Arbeitszeit ist eine zwölfstündige einschließlich anderthalb Stunden Pause, die den Betriebsverhältnissen entsprechend einzurichten ist.
  4. Ueberstunden, durch Mehrarbeit verursacht, werden mit 50 % pro Mann und Stunde bezahlt.
  5. Hilfsarbeiten werden pro Tag mit M. 5 bezahlt. Hilfsarbeiten von länger als einer Woche Dauer werden die erste Woche mit M. 2 Zuschlag zu dem bezahlten Wochenlohn bezahlt; bei längerer Dauer derselben wird der übliche Wochenlohn für dieselbe entrichtet.
  6. Jedem Gehilfen ist einmal in der Woche ein freier Abend zu gewähren; es darf jedoch nicht versucht werden, diese gewährte Freizeit am folgenden Tage durch längere Beschäftigung wett zu machen.

Vorstehende Abmachungen sollen Gültigkeit auf die Dauer von zwei Jahren haben vom Tage des Abschlusses ab; werden die Abmachungen nicht von einer der vertragsschließenden Parteien einen Monat vor Ablauf gekündigt, so gelten dieselben stillschweigend auf ein weiteres Jahr, und ist im Falle einer beabsichtigten Kündigung immer wieder ein Monat vor Ablauf zu beobachten.

In der über dieselben eingehenden Diskussion wurde von verschiedenen Seiten bemängelt, daß der geforderte Mindestlohn zu niedrig sei; des weiteren wurde gewünscht, den vollständigen freien Tag in der Woche zu fordern. Von Seiten der Kollegen Hofe und Kahl wurden die Versammelten gewarnt, Forderungen aufzustellen, auf deren Erfüllung man vorerst unter keinen Umständen werden rechnen können, und die nur geeignet seien, das Entgegenkommen der Innung zu den gestellten Forderungen zu erschweren. Es wurde betont, daß die jetzt gestellten Forderungen erst eine Grundlage bilden sollen, auf welcher dann zu gelegener Zeit versucht werden soll, weitere Vorteile für unsere Kollegen herauszuholen. Die Versammlung akzeptierte dann hierauf einstimmig die gemachten Vorschläge. Ferner wurde beschlossen, dieselben am folgenden Tage der Innung einzureichen und Antwort hierauf bis zum 15. April zu erbitten. Zu etwaigen Verhandlungen mit der Innung wurden die Organisationsleitung und der Gesellenausschuß gemeinsam beauftragt. Am 17. April wird dann wiederum eine Versammlung der Gehilfen zu der Antwort der Innung Stellung nehmen. Kahl ermahnt die Kollegen, nunmehr aber vor allen Dingen ernsthaft hinter den Forderungen zu stehen; man solle sich nur auf die eigene Kraft verlassen. Das Geforderte herauszuholen — dazu bedarf es der Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen in allen Phasen des Kampfes.

**Zur Lohnbewegung der Bäcker in Magdeburg.** Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Bädergesellen tagte am 5. April, um Stellung zu nehmen zur Haltung der Bäckerei zu dem eingereichten Lohnarif. Gau-leiter Gehschold berichtete, daß eine Antwort auf das höfliche und anständige Anschreiben bei der Tarifübersendung nicht gegeben worden ist. Die hiesige Innung hat sich auf den Standpunkt gestellt, wie ihn noch keine andere Bäckerei angenommen hat. So reaktionär wie die hiesige Bäckerei dürfte sich wohl noch selten eine Arbeitgebergruppe gezeigt haben. Statt dessen wird fortlaufend gerülpelt, um die Gesellenschaft in ihrem Kampf um menschenwürdige Verhältnisse aufzuhalten. Trotz dieser gar nicht scharf genug zu beurteilenden Handlungsweise soll noch einmal versucht werden, die Wünsche in friedlicher Weise zur Erfüllung zu bringen. Genosse Mache erörterte ganz besonders die Tätigkeit der Innung in den letzten Tagen, die ganz bestimmt darauf gerechnet hatte, daß die Bädergesellen schon heute dem Bäckertag fernbleiben würden. Große Heiterkeit erregte es, als mitgeteilt wurde, daß seit mittags 2 Uhr der Innungs-Arbeitsnachweis in der Stephanstraße durch einen

Schutzmann überwacht würde. Die sich so mutig gebärdenden Innungsführer scheinen es danach ganz gewaltig mit der Angst getriezt zu haben.

Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige äußerst stark besuchte Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem hochmütigen und arbeiterfeindlichen Verhalten der Magdeburger Bäckerei-Innung. Durch die Nichtbeantwortung der in höchster Form gehaltenen Eingabe der Lohnkommission hat sich die Innung selbst auf die niedrigste Bildungsstufe gestellt, indem sie die einfachsten Formen des Anstandes und der Höflichkeit vermissen ließ. Zu einer solchen Tiefe der Arbeiterverachtung hat es bisher noch keine Bäckereiinnung gebracht. Die Versammelten lassen sich aber auch durch die beabsichtigte probire Misshandlung nicht provozieren. Sie wollen der Öffentlichkeit ihre Friedensliebe unter allen Umständen durch die Tat bezeugen. Deshalb beauftragt die Versammlung die Lohnkommission, bevor sie die letzten entscheidenden Schritte unternimmt, zu versuchen, die Vermittlung des Einigungsamtes des Magdeburger Gewerbegerichts anzurufen. Den Erfolg dieses Friedensversuchs hat die Lohnkommission der nächsten Versammlung zu unterbreiten, die dann die endgültigen Beschlüsse zu fassen hat. Ehrenpflicht aller Kollegen ist es, jetzt mit allen Kräften dahin zu streben, daß der letzte Magdeburger Bädergeselle der Organisation zugeführt wird, damit der Erfolg unseres Kampfes ein durchschlagender und dauernder werde.“

Nach Bekanntgabe einiger interner Angelegenheiten wurde die von kampfesmutiger Begeisterung besetzte Versammlung mit einem brausenben Hoch geschlossen. Eine große Anzahl Gesellen schloß sich wieder der Organisation an. Die Bäckertagspasschas haben Wind gesät und werden Sturm ernten.

**Tarifabschluß mit der Vereinigung der Brotfabrikanten von Frankfurt, Offenbach, Bieber und Weiskirchen.** Noch tobt der Kampf der Frankfurter und Offenbacher Bäckereiarbeiter gegen den Prozenzstandpunkt ihrer übermütigen Innungsmeister. Mancher sieht sein Geschäft täglich verkleinern und trotzdem erkennt er die beschiedenen Forderungen nicht an, „weil ich der Innung angehöre und nicht bewilligen darf“, wie die gewöhnliche Ausrede der Bädermeister lautet.

Während dieses Kampfes hat sich nach langen Verhandlungen mit den zehn Brotfabrikanten der Vereinigung und der außerhalb der Vereinigung stehenden Brotfabrik Petry in aller Stille eine Einigung vollzogen, welche den 88 in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen ab 1. April dieses Jahres eine Lohnzulage von pro Woche M. 1,50 bringt, außerdem jedem nach einjähriger Beschäftigung eine Woche Ferien. Außerdem wurden die Lohnsätze für Ueberstunden um 5 % erhöht. Den freien Tag haben diese Kollegen in jeder Woche, weil in diesen Betrieben nur sechs Schichten gearbeitet wird!

Könnten die halbtägigen Bädermeister nicht ebenfalls solches Entgegenkommen zeigen? Dann hätten sie den vielen Meistern so ungeheuren Schaden bringenden Streik und Brotknotlöt vermieden!

Die getroffenen Abmachungen lauten:  
**Tarif-Vertrag**  
zwischen den Herren Brotfabrikanten von Frankfurt a. M., Offenbach und Umgegend und dem Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Bezirk Frankfurt a. M.

1. **Arbeitszeit.** Die Arbeitszeit ist eine sechsstündige pro Woche und eine zwölfstündige pro Schicht, einschließlich der nötigen Essenspausen von 1½ Stunden.
2. **Löhne.** Sämtliche Löhne sind Wochenlöhne. Der Mindestlohn beträgt für letzte Gehilfen M. 27 und nach Ablauf eines Jahres M. 27,50. Gehilfen mit verantwortlichen Posten erhalten entsprechend mehr als den festgesetzten Mindestlohn. Bis jetzt bestandene höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden.
3. **Hilfsarbeiten und Ueberstunden.** Hilfsarbeiten bis zur Dauer von drei Tagen erhalten mindestens M. 5 pro Schicht. Bei längerer Ueberstunden tritt der Lohn des ständigen Arbeiters in Kraft. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Notwendige außerregelmäßige Arbeiten, welche über die unter 1 normierte Arbeitszeit dauern, sind pro Mann und Stunde mit 55 % zu bezahlen.
4. **Arbeitsvermittlung.** Der Bezug von Arbeits- und Hilfskräften bleibt den einzelnen Betrieben überlassen.
5. **Ferien.** Jeder Gehilfe, der seit 1. Juli des Vorjahres oder länger bei der betreffenden Firma in Arbeit steht, erhält im darauffolgenden, und dann jedes weitere Jahr in den Sommermonaten vom 1. Mai bis 30. September eine Woche Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes. Die Einteilung der Ferien erfolgt durch den Arbeitgeber. Tritt der Arbeiter vor Eintritt seiner Ferien aus, so hat derselbe keinen Anspruch auf irgend welche Vergütung.
6. **Allgemeines.** In jedem Betriebe sind den Gehilfen heizbare Umkleideräume und Badegelegenheit, ferner möglichst für jeden Mann ein verschließbarer Schrank zur Verfügung zu stellen. Mehr als zwei Personen dürfen einen Schrank gemeinsam nicht benutzen. Die Vereinbarung über die gegenseitige Kündigungsfrist bleibt jedem Betriebe überlassen.
7. **Tarifdauer und Schlußbestimmungen.** Der Tarif tritt am 1. April 1910 in Kraft und gilt bis zum 31. März 1913. Erfolgt zwei Monate vor Ablauf dieser Zeit keine Kündigung von einem der Vertragsschließenden, so tritt stillschweigend eine Verlängerung des Vertrags auf ein weiteres Jahr ein, und zwar so lange, bis Kündigung erfolgt. Der kündigende Teil verpflichtet sich, längstens 14 Tage nach erfolgter Kündigung neue Verhandlungen zur Abschließung eines neuen Vertrags anzubahnen.

Ein Abdruck dieses Vertrages ist an sichtbarer Stelle in den Arbeitsräumen auszuhängen.

Frankfurt a. M., den ... April 1910.

Für den Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Bezirk Frankfurt a. M.:

O. Allmann. Joh. Humelreit, Stolzeff, 15, 2. Etg. Brotfabrik.

**Die Tarifbewegung in Würzburg hat, wie in letzter Stunde gemeldet wird, zu einem guten Ende geführt. In zwei Verhandlungen, die in recht sachlicher Weise geführt wurden und durch das geschickte Eingreifen des Herrn Reichsrats Jörg zu einem annehmbaren Resultat führten, kam ein Tarifvertrag zum Abschluß. Wir bringen denselben sowie einen Bericht der Bewegung in nächster Nummer.**

## Internationales. Kongress des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter für die Schweiz.

Der ordentliche Kongress des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter fand am 27. und 28. Februar in Freiburg statt. Vertreten waren 52 von 69 Sektionen durch 56 Delegierte. Ferner hatten sich die Verbände der Brauer und der Bäcker Deutschlands, der österreichische Brauerverband, der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterunion Bern durch je einen Delegierten vertreten lassen. Den Vorsitz führte Genosse Schwabe aus Zürich. Die wesentlichsten Traktanden waren folgende: Geschäftsbericht, Reorganisation des Zentralkomitees, Verlegung des Vororts, Verbandsorgan, Wahl der Sekretäre, Berufskonferenzen, Statutenrevision, Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien.

**Vorstandsbericht.** Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, dass die Mitgliederzahl des Verbandes von 4072 am Jahreschluss 1908 auf 4107 bis Ende 1909 gestiegen ist. Die Einnahmen des Verbandes betrugen Fr. 66 636,31 im Jahre 1908 und Fr. 72 613,88 im Jahre 1909; die Ausgaben erreichten die Höhe von Fr. 60 755,53 für 1908 und Fr. 61 967,17 für 1909. Es ist somit eine kleine Besserung der Situation des Verbandes zu verzeichnen. Speziell in der französischen Schweiz hatte der Verband schönen Erfolg. Nachdem der Verbandskassierer Fischer die nötigen Ergänzungen zum gedruckten Bericht gemacht hatte, referierte Sekretär Schifferstein über die im Laufe der beiden letzten Jahre geführten Lohnbewegungen. Wir werden an anderer Stelle auf diese speziell zu sprechen kommen. Der Verbandstag hat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission die Berichte gutgeheissen und damit die Funktionäre entlastet.

**Reorganisation des Zentralvorstandes.** Einem Antrag der Sektionen in Basel entsprechend, wird nach lebhaften Erörterungen über die Tätigkeit und Zusammensetzung des Zentralvorstandes beschlossen, das Präsidium des Verbandes einem der Sekretäre zu übertragen. Im weiteren soll der Zentralvorstand künftig aus vier Sekretären und fünf Mitgliedern der Vorortssektionen bestehen. Endlich wird beschlossen, zur Entscheidung wichtiger Fragen in Verbindung mit dem Zentralvorstand einen Ausschuss, bestehend aus je einem Delegierten der Sektionen St. Gallen, Luzern, Bern und Genf, zu bestellen.

Als Vorort wird Zürich bestimmt. Genosse Schifferstein wird hierauf als Vorsitzender des Verbandes gewählt und die Genossen Fischer, Viret und Thies als Sekretäre bestätigt.

**Berufskonferenzen.** Hierzu lagen folgende Anträge vor:

**Sektion Burgdorf:** Es sollen mehr Berufskonferenzen abgehalten werden. Die Reisekosten hierfür sollen von der Zentralkasse, die Spesen von den einzelnen Sektionskassen getragen werden.

**Zentralkomitee:** Die Abhaltung der Berufskonferenzen ist Sache der interessierten Sektionen. Das Zentralkomitee kann nur dann einen Teil der Kosten übernehmen, wenn es die Konferenz, durch die Notwendigkeit gezwungen, selbst einberuft.

Es wurde beschlossen, die Einberufung solcher Konferenzen dem Zentralvorstand zu überlassen. Wenn solche stattfinden, hat die Zentralkasse die Reisekosten und die abordnenden Sektionen die übrigen Spesen zu tragen.

**Verbandsorgan.** Ueber die Verbandspresse referiert der Redakteur des französischen Organs, Genosse Viret. Er zeigt den Delegierten, dass durch die Einführung eines französischen Fachorgans in der französischen Schweiz schöne Fortschritte erzielt werden konnten. Er unterbreitet den Delegierten den Antrag: Das französische Organ in einem grösseren Formate erscheinen zu lassen und eine Seite für italienischen Text zu bestimmen. Auf Antrag der Sektion Winterthur wird beschlossen, den „Proletarier“ von jetzt ab alle 14 Tage am Samstag erscheinen zu lassen. Die Herausgabe eines grösseren Formates sowie die Herausgabe einer Seite in italienischem Texte für das französische Organ wird ebenfalls beschlossen.

**Statutenrevision.** Die hierzu gestellten Anträge beziehen sich grösstenteils auf die Zusammensetzung des Zentralvorstandes und die Befugnisse der Beamten, ferner auf die Abhaltung der Verbandstage, die Beitragsleistung, Rückvergütung an die Sektionen und die Unterstützungseinrichtungen. Was die drei erstgenannten Punkte anbetrifft, sind diese bereits erledigt worden. Wir wollen jedoch folgenden Antrag hier trotzdem bekannt geben, weil er uns besonders interessant erschien.

**Allgemeine Sektion Zürich.** Es soll auf 1000 Mitglieder nie mehr als ein Zentralbeamter fallen, die Lokalsekretäre ausgenommen; solche dürfen erst angestellt werden, wenn 800 bis 1000 Mitglieder hierfür wöchentlich 3 Cts. aus ihren Sektionskassen bezahlen.

Von den wichtigsten Anträgen, die zur Annahme gelangten, ist zu nennen der Antrag der Glasarbeiter, wonach den Glasarbeitern bei Auslöschungen die Arbeitslosenunterstützung vom 36. Tage ab bezahlt wird. Im weiteren gelangte der Antrag des Zentralkomitees, der eine Besserstellung der schlecht entlohnten Arbeiter in bezug auf Unterstützung vorsieht, zur Annahme. Die Einführung eines andern Unterstützungsreglements wurde dem Zentralkomitee in Verbindung mit dem Ausschusse überwiesen.

Ferner wurde bezüglich der Festsetzung der Kongressorte beschlossen, wie bisher am Kongress zu entscheiden, entgegen den Anträgen, die hierfür einen zentral gelegenen Ort zum Voraus bezeichnet wiesen.

wollten. Die Anträge betreffs Eintragung ins Handelsregister werden ebenfalls dem Zentralvorstand zur Prüfung überwiesen.

Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien. Nach einem Referate des Genossen Viret und kurzer Diskussion gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Der Kongress der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz, in seiner Tagung am 27. und 28. Februar 1910 in Freiburg und bei Behandlung der Frage der Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien erkennt die dringende Notwendigkeit dieser Reform an, und zwar aus Gründen der Moral, der Hygiene sowie der Humanität und materiellen Wohlfahrt, sowie im Hinblick darauf, dass diese Reform schon in verschiedenen Ländern und Kantonen durchgeführt wurde oder in Durchführung begriffen ist.

In Anbetracht, dass der Erlass des Bundesrates vom 14. Januar 1893 (Art. 1, Nr. 2) ein grosses Hindernis für diese Reform ist vom Gesichtspunkte der Gleichberechtigung zwischen den Klein- und Grossbetrieben in der Bäckerei,

in Erwägung der Tatsache, dass keine technischen oder andern Hindernisse sich der Durchführung dieser Massregel entgegenstellen, dass die Bäckereibetriebe den gleichen gesetzlichen Vorschriften und Arbeiterschutzbestimmungen unterworfen werden wie die andern Industrien,

in der Erwartung, dass die Revision des Fabrikgesetzes bald zustande komme,

beschliesst der Kongress:

- den Bundesrat zu ersuchen, unverzüglich den § 2 des Art. 1 des genannten Erlasses abzuschaffen;
- das Zentralkomitee im Einverständnis mit dem Arbeiterbund und dem Gewerkschaftsbund mit der Veranstaltung einer Enquete zu beauftragen
  - über die Zustände in den Arbeitslokalen und über die Brotbearbeitung,
  - über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter (Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Logis, Kost usw.);
- soll eine rührige Agitation ins Werk gesetzt werden, damit die Kantone gesetzliche Bestimmungen und Massregeln treffen, damit die kleinen Bäckereien ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter oder die ohne Gehilfen arbeitenden Meister dem schweizerischen Fabrikgesetz unterstellt werden.

Als Kongressort für den nächsten Kongress wird Luzern bestimmt.

Zum Schlusse erteilt Genosse Schwabe den auswärtigen Gästen das Wort, die in ihren Voten dem Verbands für die Zukunft den besten Erfolg wünschten. Besonders hervorgehoben wurde von ihnen, dass die Beziehungen zu den Bruderverbänden mehr als bisher gepflegt werden sollen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloss hierauf Genosse Schwabe die arbeitsreiche Tagung des Verbandes.

(„Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz“.)

## —\* Anzeigen. \*

### „Fortschritt“

**Zuckerwaren- und Schokoladen-Fabrik**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr:

### Ausserordentliche Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof, Saal I.

Tagungsordnung: Statutenänderung.

[M. 7,50] Der Vorstand.

Unserm werten Kollegen **Heinr. Dietrich** nebst seiner lieben **Braut** die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung! [M. 3,30] Zahlstelle Mülhausen i. Els.

### Servier-Fräulein,

sehr solides, anständiges Mädchen, mit sehr gutem Aussehen und guten Umgangsformen

sucht Stellung für die Sommer-Saison.

Offerten an **A. Warkentin, Altona-Ottensen, Barnerstr. 47, 3. Et., bei Fründ.** [M. 4]

**Vertreter** überall für unsere Reibeschiffeln und Neuheiten für Konditoreien und Bäckereien bei hoher Provision gesucht.

Offerten sub **B. G. 6889** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W 8.** [M. 2,50]

### Gute Bäckerei zu verkaufen

[M. 1,50] Stettin, Warfowerstr. 1.

Verlangt Muster von torrifiziertem Cacao-Abfall mit Preisen auf die verschiedenen Grade, Quantität von jedem Grad erbeten unter Offerte für monatliche Lieferung. Muster und Preise sofort erbeten an **T. L. Feild & Co., 21 St. Mary's Ave, London, E. C., England.** [M. 4]

### Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

**Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.**

### Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

beden ihren Bedarf am besten bei

**Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. h. 42).

Sitz Dresden.

### Vertliche Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonntag, den 17. April, vorm. 10 Uhr:

### Jahresversammlung

im „Sachsenhof“, Gr. Storchstr. 7.

Tagungsordnung: 1. Kassenbericht. 2. Delegiertentwahl. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder wünscht

[M. 6,50]

Herm. Uhlig, Bevollmächtigter.

### Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Donnerstag, den 21. April 1910, nachmittags 4 Uhr:

### Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.

Tagungsordnung: 1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung in Berlin und Wahl zweier Abgeordneten. 3. Kassenangelegenheiten.

[M. 7]

Die Ortsverwaltung.

### Verwaltungsstelle Elberfeld-Barmen.

Samstag, den 23. April, abends 8 Uhr:

### Mitgliederversammlung

im Volkshaus, Elberfeld.

Tagungsordnung: 1. Jahresbericht. 2. Delegiertentwahl. 3. Verschiedenes.

Die örtliche Verwaltungsstelle.

### Vertliche Verwaltungsstelle Altona.

Sonntag, den 24. April, nachm. 2½ Uhr:

### Mitgliederversammlung

bei **C. Schönemann, Hoheschulstr. 14, Altona.**

Tagungsordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl von zwei Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

[M. 6]

Die örtliche Verwaltung.

### Vertliche Verwaltungsstelle Harburg.

Sonntag, den 24. April, nachm. 3 Uhr:

### Mitgliederversammlung

bei **Lüssenhop, Erste Bergstr. 5.**

Tagungsordnung: 1. Jahreskassenbericht. 2. Stellung zur Generalversammlung in Berlin. 3. Wahl eines Delegierten.

[M. 5,50]

Die Ortsverwaltung.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. h. 42).

(Sitz Dresden.)

### Vertliche Verwaltungsstelle Halle a. d. S.

Sonntag, den 24. April, nachm. 2 Uhr:

### Mitgliederversammlung

im Restaurant „Drei Könige“.

Tagungsordnung: 1. Abrechnung vom letzten Monat. 2. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung in Berlin und Anträge zu derselben. 3. Verschiedenes.

[M. 5,50]

J. A.: H. Paarsch, Bevollmächtigter.

### Vertliche Verwaltungsstelle Leipzig.

Sonntag, den 24. April, vorm. 10½ Uhr:

### Grossjährigen-Mitgliederversammlung

im Volkshaus.

Tagungsordnung: Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung am 29. und 30. Mai in Berlin und Anträge zu derselben. Neuwahl der Gesamtwahl nach § 15 Abs. 4. Kassenangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und das Mitgliedsbuch vorzulegen.

[M. 8]

Gustav Hartung, Bevollmächtigter.

### Vertliche Verwaltungsstelle Lübeck.

Sonntag, den 24. April, vorm. 9 Uhr:

### Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.

Tagungsordnung: Anträge zur Generalversammlung. Wahl eines Vertreters zur Generalversammlung. Verschiedenes.

[M. 5,50]

Der Bevollmächtigte.

### Vertliche Verwaltungsstelle Berlin.

Dienstag, den 26. April, nachmittags pünktlich 3 Uhr:

### Grossjährigen-Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tagungsordnung: 1. Stellungnahme und Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten. 3. Kassenangelegenheiten.

[M. 6,50]

Die örtliche Verwaltung.

### Vertliche Verwaltungsstelle Cöln a. Rh.

Samstag, den 30. April, abends 8½ Uhr:

### Generalversammlung

im Volkshaus, Zimmer Nr. 1.

Tagungsordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 3. Stellung von Anträgen. 4. Verschiedenes.

[M. 5,50]

Die Ortsverwaltung.

## Der praktische Konditor

von Konditor **Karl Ritterhaus.**

Preis geb. 15 Mark

Das Werk enthält: 1138 Rezepte, 375 Seiten Text, 80 meist fünf- bis zwölfwache Farbentafeln.

Für nur 3 Mark

monatliche Teilzahlung liefert die Buchhandlung **E. H. Friedrich Reissner, Leipzig, Salomonstr. 10,** sofort das vollständige Werk zu 16 Mark.

Dieses Buch ist das beste und praktischste und vor allem auch anwendbarste Werk, welches bisher auf dem Büchermarkt für die Konditoren erschien.

### Das anerkannt beste Feinbäcker- und Konditorbuch.

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 17. April:

**Apolda:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Bremen:** 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Faulenstr. 58/60. — **Deffau:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wallenstädterstr. 1. — **Hamburg-Altona (Generalversammlung):** 2 Uhr bei Bormwöhle, Neustädterstraße. — **Harburg:** 3 Uhr bei Lüssenhop, 1. Bergstraße 5. — **Herford:** Vorm. 9½ Uhr bei Hillert, Brüderstraße 10. — **Landshut:** Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — **Leipzig (Beide Sektionen):** 2½ Uhr im Volkshaus. — **Mülhausen i. G.:** 2 Uhr bei Schlinger, Baubankstr. 43. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Webberhahn, Götternstraße. — **Weiskensfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Merseburgerstr. 16. — **Zeitz (Bäcker):** 3 Uhr im Bundrats Restaurant, Leipzigerstraße.

Dienstag, 19. April:

**Greiz:** 3 Uhr im „Marienbad“.

Mittwoch, 20. April:

**Gelsenkirchen:** 5 Uhr bei Jugenbag, Hochstr. 1. — **Hamburg-Altona (Seefahrt):** 8 Uhr bei Pfeifer,

St. Pauli, Silberackstr. 15. — **Thale a. S.:** „Zum Reichstanzler“, Hüttenchausee.

Donnerstag, 21. April:

**Meß:** Im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. — **Pirmasens:** „Zur Traube“.

Freitag, 22. April:

**Braunschweig:** 8½ Uhr „Zur Stadt Neudenburg“, Auguststraße.

Sonntag, 23. April:

**Cöln a. Rh. (Brotbäcker und Schokoladenarbeiter):** 9 Uhr im Volkshaus. — **Bochum:** 8 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8.

Sonntag, 24. April:

**Alten:** Vorm. 10 Uhr im Gasthof „Zum Hirschen“. — **Sant-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Helb, Grenzstr. 24. — **Bayreuth:** Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacherstraße. — **Penningdorf:** 4 Uhr bei Leppmann.

Für die Redaktion verantwortlich: **Felix Weidner, Hamburg, Besenbinderhof 57.** — Verlag von **O. Mannmann, Hamburg.** — Druck: **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.**

Hamburg, den 16. April 1910

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Grund des § 8 des Statuts wurden auf erfolgten Antrag der Zahlstelle Halle a. S. folgende Mitglieder ausgeschlossen: Hermann Mei (Buch-Nr. 12 142), Carl Schmidt (12 257) und Otto Mi (12 288).

Der Vorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

**Heute ist der 16. Wochenbeitrag (17. bis 23. April) fällig.**

### Quittung.

Vom 4. bis 10. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für März: Zahlstelle Dresden M. 1933,55, Essen 202,35, Landshut 294,60, Lüdenscheid 43,40, Wittenberg 48,20, Meuselwitz 42,70, Eisenach 40,20, Völkisch 21,20, Jena 40, Würzburg 190,10, Wierßen 28,20, Hannover 458,40, Mühlhausen 34,80, Stendal 17,60, Gotha 52,20, Bayreuth 45,50, Gießen 17,20, Grimmitzschau 44,10, Schwabach 35,80, Stuttgart 363, Bochum 53,20, Eßlingen 31,90, Sonneberg 83,70, Traunstein 49,60, Lübeck 159,40, Breslau 234,10, Augsburg 88,50, Colmar 14,40, Friedberg 23,60, Bant 64, Nürnberg 1381,40, München 2459,55, Frankfurt 1487,20, Bad Nentzenhall 81,60, Straubing 43,90, Gelsenkirchen 39,50, Stettin 194,60, Kiel 299,20, Flensburg 46,70, Zeitz 154,50, Elberfeld 222,20, Apolda 35,60, Altenburg 41,60, Leisnig 9,60, Magdeburg 556,50, Mannheim 422,70.

Von Einzelnachzahlern der Hauptkasse: J. S. Gredendroich M. 5, W. B. Soltan 2, F. R. Niederleida 5, W. S. Jüterbog 4, J. W. Erzingen 10, A. W. Mallwitz 4, W. M. Lehesten 7, D. S. Alfeld 50,50, E. L. Thum 26, R. N. Dörrich 5,50, P. S. Zwickau 24.

Für Annoncen: L. E. Hamburg M. 7, E. B. Stettin 1,50. Für „Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorbewegung“: Zahlstelle Dresden M. 138, Essen 10, Hamburg 100, Meuselwitz 2, Völkisch 2, Jena 3, Würzburg 60, Gotha 6, Grimmitzschau 8, Stuttgart 6, Bochum 2, Eßlingen 2, Lübeck 8, Breslau 16, Augsburg 14, Stettin 20, Zeitz 2, Elberfeld 16, Altenburg 2, Mannheim 82, A. W. Finkenwalde 4, D. S. Alfeld 10, P. S. Zwickau 2.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

### Aus den Bezirken.

#### Adressenänderungen.

Jena. Vorsitzender: Paul Solbrig, Jena-Ost, Breitestraße 13, 2. Et.  
Erlangen. Vorsitzender: F. Haschberger, Emilienstraße 12, part.

### Sterbetafel.

Düsseldorf. August Ney, gest. am 31. März im Alter von 20 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!

### Aus der Konditorei-

#### Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

O Herr, sieh' dein Volk an! Herr Braun, der Kunstbäckermacher von Frankfurt a. M., sucht nach einem Motiv zu einem Wappen für eine Konditorfachschule und fragt im Fragekasten der „Münchener Konditorzeitung“ an, ob sich hierzu nicht die Fahne der Würzburger Konditorinnung eigne! Doch der Wappenkoller zieht noch weitere Kreise. Das Berliner Organ „Die Konditorei“, das die Schaffung eines solchen für das ganze Reich anregt, schlägt nach einem Bericht der „Münchener Konditorzeitung“ (Einsender Herr N. Stahl) folgenden Entwurf vor: In der Mitte als Symbol des Gewerbes einen Baumstamm mit zwei Ähren, rechts und links zwei heraldische Löwen die auf Schneebesen tanzen. Die schmunzelnden Löwen halten in ihren Pranken Ananasfrüchte, letztere begebenwärtigen den köstlichen Geschmack, erstere die Kraft, welche Ährenbrot und Schneebesen treibt. (—) Hierzu wird ein Abänderungsvorschlag dahingehend eingebracht, statt zwei Löwen einen männlichen Löwen mit einem Büchel Kafak und eine Löwin als Symbol der Liebe und fleißigen Konditorfrau darzustellen! Dieses heitere Pröbchen, scheint auch der M.-K.-Ztg. zu toll zu sein, sie glaube eher an einen Faschingscherz, doch sei es Ernst, statt Scherz. Herr N. Stahl zieht noch die Schlussfolgerung: „Konditorfachschulen, die sich speziell die Pflege der künstlerischen Seite dieses Berufes zur Aufgabe machen, gibt es auch in Deutschland die Menge. Wir können uns dem Verdacht nicht verschließen, daß das bisherige Kunstsinne, das auch der moderne Mensch mit auf die Welt bringt, in diesen Schulen gründlich verdorben wird.“

Wir, unerseits befinden uns diesmal, was gewiß selten ist, in voller Uebereinstimmung mit der „M.-K.-Ztg.“; denn, wer mit den Augen des Fachmanns die mitunter schauerlichen „Kunstgebilde“ in der „Erlanger K.-Ztg.“ betrachtet und die dazu gehörigen Kommentare liest, glaubt sich in ein Tollhaus versetzt. Solch Künstlerbällchen wirkt nicht nur verdummend, sondern sogar für jeden Einzelnen schädigend, da er den realen wirtschaftlichen Boden unter sich verliert. Eine wirkliche künstlerische Leistung in allen Ehren — aber ist der

heutige Massenkonsum der Konditorei — auf Künstler angewiesen?

Angesichts solcher zuckerbäckerlicher Verrücktheiten hält es schwer, ernst zu bleiben. Unsern Spezialpoeten für unheilbare Fälle, den Zuckerbäckerlehrling von München, hat es auch gepackt — er hat die Wapperl-Jee sich durch den interessanten Schädel gehen lassen und will nun das Resultat der süßen Mittelwelt in Reimen zur Verfügung stellen. In seiner angeborenen bajubariischen Nippigkeit sind sie zwar etwas grob ausgefallen; aber der hoffnungsvolle Jüngling ist nun einmal selber so geraten und in der Lehre hat sich bisher sein Zustand eher noch verschlimmert. Darauf ist Rücksicht zu nehmen! Seine Verse lauten:

Hört, Ihr lieben Publikummer,  
Bei d' Konditor wird's stets schlimmer  
Im Oberstübchen, ich muß konstatieren,  
Mehlwürmer krappeln in dem Hirn.  
Da muß ich fragen, meine Herrn,  
Wie wird's da erst im Summa wer'n,  
Wenn schon im Winter, wo's recht kalt,  
S' Hirn in d' Hosen obfällt.  
Viele's ham mir schon erlebt  
An Künstlerdübel, ganz verbeep't.  
Ist der Schiffskonditor auf der See,  
Rangiert er gar in Leutnants Hüh'l  
In der Fachschul dann, in Stuttgart brenten,  
Möchten's Couleur tragen wie d' Studenten.  
Der irrt, wer glaubt, es sei umsonst  
Genie und Zuckerbäckerkunst,  
Dies würdigt auch das deutsche Heer,  
Konditor dient „Freiwilliger“!  
Und noch mehre solcher G'schichten  
Könnte ich allhier berichten,  
Allein, mir wird jetzt schon ganz schlecht  
Von dem über'schnappten G'schlecht.  
I kann nüt schreib'n vor lauter Lacha,  
Weg'n d' verrückten Zuckerbäcker,  
„Konditorzeitung“ z' München brunt  
Bezweifelt, daß d' Herr'n noch g'sund.  
Doch weil a quata Kest ich bin,  
Nahm ich zusammen d' fünf Sinn,  
Studierte am Entwurf zum Wappen,  
Damit's so lang nüt um dappen.  
Die Herren haben wohl die Güte  
Und sehen weiter unten — bitte:  
Man nehme her an solchen Tropf,  
A Brett' nagelt's ihm vor'n Kopf,  
Worauf mit Fettdruck ist geschrieben:  
„Konditor san — Rindviecher bleiben!“

Die Firma Hartwig & Vogel, Dresden, hat sich vor einiger Zeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt; es handelt sich um eine „Familiengründung“, wie sie neuerdings oft beliebt wird, weil sich die finanziellen Interessen der Beteiligten in einer Aktiengesellschaft glatter regeln lassen. Dem Aufsichtsrat werden angehören: Kommerzienrat Heinrich Vogel, Herr Karl Vogel und Herr Paul Claus, Straßenbahndirektor a. D., sämtlich in Dresden, sowie Dr. jur. Friedrich Jämede-Buchdruckereibesitzer in Hannover, während den Vorstand der Gesellschaft die Herren Heinrich Vogel jr (Dresden), Nikolaus Stolterfoht (Vodenbach), Walter Vogel (Dresden), Oswald Giesel (Dresden), Hermann Kabe (Dresden) und August Steiger (Vodenbach) bilden. In Vodenbach (Oesterreich) hat man bekanntlich einen Zweigbetrieb errichtet damit das Auslandsgeschäft nicht durch den Zoll belastet wird. Diese Maßnahme ist zwar nicht gerade patriotisch, denn man entzieht doch dem Vaterlande den Zoll (auch die sonstigen Gewerbesteuerabgaben) und den braven deutschen Arbeitern, deren Wohl einem so am Herzen liegt, das Brot, aber sie bringt sehr viel ein. Daß von den bisherigen Inhabern übernommene Aktienkapital beträgt 6 Millionen Mark.

Die Firma A. & S. Crailsheimer in Straßburg im Elsaß, welche schon oft von sich reden machte, fordert auch gegenwärtig wieder zur Kritik heraus. Bisher hat es Crailsheimer durch Maßregelungspraktiken verstanden, es dahin zu bringen, daß sich kein Arbeiter und keine Arbeiterin offen zur Organisation bekannte. Er weiß aber auch, warum, weshalb er so rigoros vorgeht; denn nur mit einer unorganisierten Arbeiterschaft kann er so verfahren, wie es ihm beliebt. Jetzt ließ er folgenden Ukas, genannt Preistafel, in den Ateliers aushängen: Ab 11. April werden für 100 Stück Roggenwürfel nur noch 4  $\frac{1}{2}$  gezahlt, bisher sollen 8  $\frac{1}{2}$  bezahlt worden sein. Für 100 Stück Mokka einpacken werden ab 11. April nur noch 9  $\frac{1}{2}$  gezahlt, bisher wurden 12  $\frac{1}{2}$  bezahlt. Herr Crailsheimers Profitwut ist eben unersättlich. Bei solchen Affordschundpreisen ist es natürlich ausgeschlossen, daß eine Arbeiterin auch nur annähernd einen auskömmlichen Lohn verdient. Statt, daß bei der ständigen Steigerung der Lebensmittelpreise eine Erhöhung der Löhne eintritt, werden sie noch gekürzt! Möge dies den Kollegen und Kolleginnen von Straßburg aber endlich eine Warnung sein; denn nur mit einer unorganisierten Masse kann der Herr Crailsheimer in dieser Weise umspringen. Wollen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Lohnkürzungen schützen, dann gibt es nur das eine, daß sich diese alleamt dem Verbands angeschlossen; denn der Appetit wird Herr'n Crailsheimer beim Essen kommen. Jetzt hat er erst den Lohn in einzelnen Abteilungen gekürzt, bald wird er auch das gleiche Manöver mit den übrigen versuchen. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, hinein in den Verband! Für Organisierte muß die Parole heißen: Unaufhaltsam agitieren! Denn zu verlieren habt Ihr nur eure Ketten, aber sehr viel zu gewinnen.

Beschwerden von unsern Kolleginnen in Berlin über Ungehelichkeiten und Mißstände im Arbeitsverhältnis werden in folgenden Bureaus durch weibliche Vertrauenspersonen entgegengekommen:

Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften, Berlin, SO, Engelauer 15, 4. Et. Sprechstunden von 9 bis 5 Uhr, Donnerstags bis 8 Uhr.  
Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Berlin SW, Lindenstraße 3, Hof, 4. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis 4 Uhr.  
Bureau des Textilarbeiterverbandes, Berlin O, Andreasstraße 61. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Montags bis 8 Uhr, und Andreasstr. 17, Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr.  
Verbandsbureau der Buch- und Steinbrudereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Berlin NO, Elbingerstr. 19, 3. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr.  
Bureau der Ortsverwaltung Berlin desselben Verbandes, Berlin SW, Alte Jakobstr. 5, Hof, 2. Et. Sprechstunden Dienstags von 5 bis 7 Uhr.

Die Namen der Beschwerdeführerinnen werden streng geheim gehalten.

### Nützt oder schadet den Schokoladen-Arbeitern der „Verband“.

II.

2. Nun wird weiter gefragt: „Aber die Lohnerhöhungen, die der Verband unsern Arbeitern verschaffen will?“

Es wird zur Beantwortung dieser Frage uns ein Bild gewährt in die volkswirtschaftlichen Kenntnisse des Fragestellers. Man behauptet schlantweg, daß, wenn die Arbeitslöhne steigen, auch die Preise der Waren notwendig steigen müssen, damit die Hiesigenprofite der Unternehmer ja keinen Abbruch erleiden. Daß hier gewisse Grenzen gezogen werden, dafür sorgt die Konkurrenz der Fabrikanten untereinander schon von selber. Aber selbst angenommen, die ganze Summe der erlangten Lohnerhöhungen würde auf die Konsumenten abgewälzt, so ist damit noch lange nicht bewiesen, daß dadurch ein großer Rückgang der Produktion damit verbunden wäre. Schokolade und Kafak sind heute keine Luxusartikel mehr, sondern ein notwendiges Volksnahrungsmittel, sie würden also höchstens auf kurze Zeit einen Rückschlag erleiden, wenn die Theorie des Herrn Artfischreiders richtig wäre. Was die übrigen Artikel, die Luxusartikel, wie Bonbons, Kafak usw., anbetrifft, so könnten diese eine Preissteigerung erfahren, ohne daß zu befürchten wäre, daß der Konsum zurückginge. Denn wer Gelegenheit hat, die Käufer dieser Artikel zu beobachten, der weiß, daß diese eine kleine Preissteigerung vom Kauf nicht abhät.

Es kommt aber ferner hinzu, daß, wenn die Löhne der Arbeiter steigen, die Kaufkraft derselben eine größere wird. Auch wird ein Arbeiter mit anständiger Arbeitszeit und gutem Lohn viel leistungsfähiger sein als dies bei Arbeitern mit langer Arbeitszeit und schlechtem Lohn der Fall ist. Diese Tatsache wird nicht verkannt von Leuten, die unsere sozialen Verhältnisse nur einigermaßen kennen. Die Produktion kann aber auch durch Verbollkommnung technischer Hilfsmittel so verbilligt werden, daß eine Verteuerung der Waren durch Erhöhung der Löhne nicht zu erfolgen braucht.

Uebrigens ist die Behauptung, daß durch Lohnerhöhungen die Warenpreise steigen, dadurch ad absurdum geführt, da von dieser Tendenz nirgends die Rede war in allen denjenigen Betrieben, wo wir bis heute Lohnerhöhungen durchgeführt haben. Auch müssen alle Kollegen, welche in Betrieben arbeiten, in welchen Lohnerhöhungen in größerem Umfange Platz gegriffen haben, bestätigen, daß solche Vorgänge nicht mit Geschäftsrückgang und Arbeiterentlassungen verknüpft waren. Sehen wir den Fall, die Firma Gebrüder Stollmer A.-G. würde ihrer miserabel bezahlten Arbeiterschaft pro Kopf um A 3 den Lohn aufbessern, so würde das, sagen wir bei 2000 Arbeitern, eine Mehrausgabe von A 312 000 zur Folge haben. Um diese Summe würde der Millionenprofit der Firma zurückgehen. Im Jahre 1907 belief sich der Reingewinn dieser Firma nach allen Abschreibungen auf A 1 243 538.

Um diese horrenden Summen ungestört aus den Arbeitern herauszuschinden zu können, sehen sich unsere „Schokoladefürsten“ veranlaßt, durch „bezahlte Subjekte“ Broschüren und Artikel schmieren zu lassen, welche dazu dienen sollen, dem Arbeiter Sand in die Augen zu streuen. Er soll nicht sehen, was vor sich geht; es sollen vor allem seine Gedanken abgelenkt werden von der Tatsache, daß die Unternehmer jährlich Hunderttausende von Mark an Profit aus ihren Arbeitern herauspressen. Derjenige, der sich untersteht, den Arbeiter auf diese Tatsachen hinzuweisen und ihm den Rat gibt, durch Zusammenschluß sich einen Teil des von ihm erzeugten Mehrwerts anzueignen, der wird als Gezer, Aufwiegler usw. verfahren, aus den Betrieben hinausgemazregelt, von Ort zu Ort gehetzt, bis es ihm endlich gelingt, eine unabhängige Stellung oder einen Posten bei der Organisation zu erlangen. Die Unternehmer sehen bald ein, daß sie mit ihrer Taktik nichts bezweckt haben; denn der „Gezer“ ist nicht etwa mundtot gemacht, sondern arbeitet in seiner unabhängigen Stellung nur um so intensiver an der Aufklärung der breiten Masse seiner Berufskollegen und Kolleginnen. Das wurmt die Herren Unternehmer, und in ihrer maßlosen, ohnmächtigen Arut lästern und schwindeln sie über die Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen, bezeichnen diese als Subjekte, welche

sich von Arbeitergroßchen müssen, um die Aufmerksamkeit von ihrer Tätigkeit abzuwenden, die darin besteht, daß sie sich in der schamlosesten Weise an den von den Arbeitern erzeugten Werten bereichern.

Der schon mehrmals erwähnte Artilelschreiber der „Schokoladen-Zeitung“ muß die Arbeiterschaft in unserm Beruf für Idioten halten, sonst könnte er nicht in seiner Broschüre fragen:

3. „Was würde dem Arbeiter mit einer wöchentlichen Lohnaufbesserung von M 3 genützt sein?“

Er schreibt: „Diese Lohnhöhung... würde für sie (die Arbeiter) praktisch bedeutungslos sein und nach kurzer Zeit hätte sich der Unterschied zwischen dem früheren und dem höheren Lohne verwischt, sie würden nachher genauso leben wie vorher und doch genau so viel oder so wenig wie vorher haben — eine alte Erfahrung.“

Der Mann muß ja einen sonderbaren Begriff haben von den Existenzbedingungen der Arbeiterschaft, wenn er der Meinung ist, daß eine Lohnhöhung von wöchentlich M 3 gar keine Rolle spielt. Er weiß jedenfalls nicht, daß bei den Hungerlöhnen, welche in der Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie bezahlt werden, die Arbeiter mit jedem Groschen rechnen müssen. Er hat sicher keine Ahnung von der Not und dem Elend, dem Tausende von Familien ausgeht, trotzdem der Ernährer von früh bis abends in der Fabrik seine schwere Arbeit verrichten muß und trotzdem noch in sehr vielen Fällen gezwungen ist, die Frau mit am Erwerb teilnehmen lassen zu müssen, um nur einigermaßen sich kümmerlich durchschlagen zu können. Da klingt es geradezu wie Hohn, wenn dann noch behauptet wird, M 3 wöchentlich mehr Lohn spielen gar keine Rolle. Weiß denn der Herr nicht, daß viele Hunderte von Familien in der Zuckerwarenindustrie gezwungen sind, nach der Arbeit in der Fabrik zu Hause noch bis in die Mitternacht hinein Heimarbeit zu verrichten, an welcher selbst die Kinder im zartesten Alter mithelfen müssen, damit man wenigstens das notwendige Brot und die übrigen Lebensmittel kaufen kann? Angesichts dieser Tatsachen wagt es noch ein Mensch, die Behauptung aufzustellen, daß M 3 Lohnhöhung pro Woche keine Rolle spielen können. Diese Auslassungen genügen allein schon, um die Unternehmersbroschüre beiseite zu legen; denn sie werden selbst dem gleichgültigsten Arbeiter die Augen öffnen über das Verstandnis des Broschürenschreibers. Zunächst wird also behauptet, daß die Lohnhöhung keine Rolle spielt und dann wird weiter hinzugefügt, daß sie den Arbeitern durch den Verband wieder abgenommen werde in Form von Beiträgen und ähnlichem.

Dazu nur wenige Worte. Wenn der Verband durch eine Lohnbewegung den wöchentlichen Arbeitsverdienst um M 3 erhöht, so kann er das nur, wenn die betreffenden Arbeiter, die davon betroffen werden, vorher gut organisiert sind. Wenn sie also vorher schon organisiert sein müssen, dann müssen sie auch vorher schon ihren Beitrag und sonstige Leistungen, die übrigens sehr minimal sind, aufbringen. Die Behauptung also, daß von den M 3 Lohn-erhöhung ein Teil an die Verbandskasse abgeführt werden muß, ist nichts weiter als eine Unwahrheit oder eine Verdrehung. Diese M 3 sind dann reiner Verdienst, weil die anderen Ausgaben von dem vorherigen Lohne schon bestritten werden mußten.

Die Witzbegierde des Herrn ist aber noch nicht erschöpft, wie wir in einem Schlußartikel sehen werden.

## Aus den Parlamenten.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat in seiner ersten Sitzung nach den Ferien am 12. April die Beratung und die Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage wiederholt und, wie zu erwarten war, der Spottgeburt den Segen der Mehrheit erteilt; die Parteigruppierung war dieselbe wie bei der Abstimmung vor Ostern. Zentrum und Konservative hatten sich auch verschworen, die energische Opposition der kleinen sozialdemokratischen Fraktion mundtot zu machen, und arbeiteten bei der Einzelberatung der Artikel in schamloser Weise mit Schlusstrategien. In der Generaldebatte hatten unsere Genossen Vorkämpfer und Leitner noch einmal alles getan, um das struppellose Treiben der Junker und Pfaffen zu brandmarken; daß es gegenüber den brutalen Politikern der Gewalt keinen Eindruck machen würde, stand natürlich von vornherein fest. Vorkämpfer versprach am Schlusse seiner Ausführungen vor allem, daß keine Gelegenheit versäumt werden würde, die völkerverräterische Handlungsweise des Zentrums den Wählern vor Augen zu führen. Der Wechselbalg kommt nun vor das Herrenhaus. Die freisinnige und nationalliberale Presse hofft zum Teil, dieses werde die Annahme in der jetzigen Form ablehnen, oder die Regierung werde infolge der Massenemonstrationen des Volkes und gegenüber der Tatsache, daß die liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses bis zuletzt auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, die Vorlage zurückziehen. Wird schwerlich eintreten! Dem entrechteten Volke kann es auch gleich sein — es wird den Kampf gegen das jegliche wie gegen das in Aussicht stehende „Recht“ mit aller Schärfe weiterführen.

In Berlin ist bei der Landtagswahl am 12. April im sechsten Berliner Wahlkreis an Stelle des zurückgetretenen Genossen Heimann der Genosse Adolf Hoffmann gewählt worden. Er erhielt 417 Stimmen, sein freisinniger Gegenkandidat 68.

Der Reichstag hat gleichfalls am 12. April seine Beratungen wieder aufgenommen.

## Stimmen zum Verbandstage.

Wie notwendig es ist, daß die Mitglieder sich mit dem inneren Ausbau der Organisation mehr als bisher beschäftigen, zeigt uns der neue Statutenentwurf. Ob eine derartige Umwälzung Platz greift, hängt wohl von den Beschlüssen der Müller ab. Immerhin erfährt man, daß auch ohne eine Verschmelzung tief einschneidende Änderungen vorgenommen werden, von denen die Werberkraft des Verbandes abhängt. Daß wir heute schlagfertiger sein müssen denn je, das zeigen uns die jüngsten Kämpfe, und wollen wir für die Zukunft gerüstet sein,

so wird es sich schon notwendig machen, die Klassenverhältnisse so zu gestalten, daß wir auch allen gerecht werden können, wenn wir nicht in einen Stillstand geraten wollen.

Es wird an uns auch einmal die Frage herantreten, wie können wir unsern Arbeitgeberverband wirksam entgegenreten, und das können wir nur, wenn wir finanziell so gefräßig sind, daß wir nicht nur in einer Stadt, sondern überall, wo es einermachen durch den Stand der Mitgliederzahl sich möglich macht, dem Unternehmerverband die Sitze zu bieten vermögen. Finden uns die Gegner so gerüstet, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, in der mit uns ebenso gerechnet wird, wie zum Beispiel mit den Buchdruckern.

Verfehlt wäre es aber, wenn dazu übergegangen würde, die Mitglieder zu entrechteten, ihnen das Mitbestimmungsrecht zu nehmen, denn das würde sich in ersten Zeiten bitter rächen, wo es unbedingt notwendig ist, daß jeder einzelne seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellt. Dies kann aber nur dann sein, wenn der Wille der Mitglieder das oberste Gesetz ist. Wie lähmend es auf eine Bewegung und die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder wirkt, wenn hier das Gegenteil eintritt, haben wir in allerfrähesten Form hier in Mannheim bei der Bewegung der Metallarbeiter gesehen; auch in unserer Mitgliedschaft haben wir einen kleinen Vorgeschmack davon bekommen. Je größer eine Organisation wird, desto mehr wächst die Zahl derer, die man einsichtig nennen kann, und dies sind gewöhnlich diejenigen, welche in vorderster Reihe stehen. Wozu denn eine solche Bevormundung, die angeklagt wird? Wir sind uns doch alle bewußt, daß es nicht angängig ist, in solchen Städten in Lohnbewegungen zu treten, in denen wir erst durch dieselben Mitglieder gewinnen wollen. (Diese Annahme trifft oftmals leider nicht zu! D. Red.) Bereiten wir uns vor, daß unsere Kämpfe immer enger werden, dann haben wir auch kampfsfähige Kollegen. Sind wir uns dessen bewußt, so brauchen wir keinen großen Apparat, der zuerst durchgegangen werden muß, bis endlich der Tanz losgehen kann; denn das ist schleppend und wirkt lähmend. Werfen wir weg, was hinderlich ist, dann können wir sagen: wir haben uns zur Vollkommenheit emporgeschwungen.

Wenn auch eine Verschmelzung mit den Müllern nicht kommen sollte, so wird es sich doch notwendig erweisen, daß wir die Beiträge nach dem Verdienst klassifizieren, denn in Städten, wo wir heute ohnedies schon höhere Lohnsätze haben, wird auch die Organisation viel eher in Anspruch genommen, und hemmend würde es wirken, den Kollegen, welche M. 6 bis M. 8 pro Woche verdienen, zu sagen: Ihr müßt einen ebenso hohen Betrag abführen wie jene, welche pekuniär besser gestellt sind. Wir haben eine große Anzahl fernstehender Kollegen, die in Möbel- und Zuckerwarenfabriken arbeiten und kaum M. 18 bis M. 20 pro Woche verdienen; auch für diese sind wir die Berufsorganisation; aber durch die Teuerungszustände ist es eben nicht möglich, unsere immerhin schon etwas hohen Beiträge zu zahlen.

Was aber in dieser Angelegenheit Unwillen erwecken muß, ist das Hinansehen der Begünstigten der Unterstützungen. Es ist am Plage, daß, wenn wir höhere Pflichten, auch größere Rechte und Ansprüche haben. Aber wie soll ein Familienvater der Vergünstigung der Organisation teilhaftig werden? Es steht doch fest, daß kein Kollege im Jahre 60 Tage arbeitslos sein kann, der Familienernährer ist. Er wird gezwungen sein, zu einem andern Beruf überzugehen. Je länger ein Kollege Mitglied unserer Organisation ist, desto mehr soll er auch Anspruch an dieselbe haben; soll doch eine höhere Unterstützung eine Prämie sein auf die Zugehörigkeitsdauer, während so, wie es vorgeesehen ist, es beinahe einer Auszehrungsstala gleich kommt.

Wir haben heute eine große Anzahl von Kollegen im Ver- bande, die gezwungen sind, festzuhalten an einem Arbeits- verhältnis; diesen müssen wir etwas bieten, und das können wir nur tun, wenn wir höhere Unterstützungssätze einführen als vorgeesehen sind. Bauen wir in dieser Hinsicht die Organisation aus, es kann nur zum Nutzen aller sein; wir dürfen uns nicht der dringenden Notwendigkeit verschließen, wenn wir nicht an Werberkraft verlieren wollen.

Nun einige Worte zur Gliederung des Verbandes, ob es von Nutzen sein kann, die Funktionäre des Verbandes in mehrere Grade einzuteilen; darüber sind verschiedene Meinungen unter den Kollegen; ich würde es für besser halten, daß das Gauleitersystem aufgehoben würde. Wozu brauchen wir Majore, wenn wir Hauptleute (Bezirksleiter) haben, die von der Hauptverwaltung angestellt sind. Ist es denn zweckdienlich, daß jeder Bezirksleiter den Gauleiter und Hauptassistenten im Nacken hat? Wir haben alle Ursache, in dieser Beziehung zu sparen, denn unser Heer von Beamten ist ein ziemlich großes. Was die Anstellung der Ortsbeamten und Bezirksleiter betrifft, bin ich der Ansicht, daß man den Mitgliedern mehr Rechte einräumt. In dieser Beziehung wird von der Hauptverwaltung am meisten gesündigt. Ueberhaupt könnte etwas vorsichtiger verfahren werden in der Anstellung von Beamten. Eine große Anzahl von intelligenten Kollegen liegen brach in den Konsumbäckereien, welche durch ihre Agitationsarbeit manchen Beamten ergeben könnten.

Drum auf, frisch ans Werk! Nicht nörgeln, sondern mit beraten soll jeder Kollege, um weiter vorwärts zu kommen, was auch diese Zeilen bezwecken sollen.

Fritz Jellein-Mannheim.

## Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzufenden.)

Bremen. Ein Stück Elend brachte die am 6. d. M. tagende Betriebsversammlung der Schokoladenfabrik Gage & Lang, Bremen, an die Öffentlichkeit. In treffender Weise behandelte der Referent Kollege Schneider das Thema: „Die Ausbeutungspraktiken der Firma und wie wehren wir uns dagegen?“ In der Diskussion waren es neben dem Kollegen Fischer und Schinde insbesondere der Kollege Lehmann, die im Sinne des Referats den Anwesenden den Weg der Selbsthilfe durch Anschluß an die Organisation wiesen. Wie bitter notwendig dies ist, dafür einige Proben. Auch hier im Betrieb wird die so beleidigende Leibesvisitation in empörender Weise bei den Kolleginnen vorgenommen; den Kollegen wird von der Firma zugemutet, nach Feierabend einen Spießrutenlauf durchs Lager zu machen, werden also gleich den Kolleginnen dem Verbot der Spießbüberei ausgesetzt. Ein genügend großes Aufsichtspersonal sorgt unter Leitung des Herrn Compagnon Linde und dessen Solgn für die genügende Antreiberel, was angesichts der wirt-

lich traurigen Beziehung der Arbeiterschaft im allgemeinen nur beurteilt werden kann. Bei einer Arbeitszeit von neunzehn Stunden, die nur von einer halbstündigen Essenspause unterbrochen wird, konnten folgende Löhne festgesetzt werden: Für Kolleginnen 16 M und für Kollegen (keine jugendlichen Arbeiter!) 25 M pro Stunde. Und dies in einer so teuren Stadt wie Bremen! Grauen muß jeden denkenden Menschen packen, wenn man sich vor Augen führt, was die Kolleginnen beginnen sollen, die keine Stütze bei ihren Eltern oder sonstigen Verwandten haben. Das herrschende Strafgebietsystem ist auch nicht dazu angetan, Zufriedenheit zu säen; gefordert muß vor allen Dingen werden, daß der Arbeiterschaft unter allen Umständen Rechenschaft gegeben wird, wo ihre Gelder bleiben! Ein Arbeiterauschuß existiert nicht! „Es gibt eben Kasse dafür“ — also spricht die Firma, und folglich habt ihr zu schweigen“. Die Arbeiterschaft denkt aber anders. Und erst einmal eine Frage: „Mit welchem Recht trinken auch die Meister den Kaffee, die doch keine Straf- gelder zahlen?“ U. A. w. g.! Die Organisation wird dafür sorgen müssen, daß der Firma, wenn nicht andere Maßnahmen getroffen werden, die nötige Gesetzeskenntnis beigebracht wird. Eine weitere Rigorosität der Firma besteht in folgendem: Die kleine Verbesserung, daß am Tage vor Sonn- und Feiertagen Arbeiterinnen nur acht Stunden beschäftigt werden dürfen, hebt die Firma dadurch auf, indem sie sich von der Gewerbeinspektion die Erlaubnis geben ließ, alle nicht verheirateten Arbeiterinnen wie bisher eine Stunde zum Reinigen beschäftigen zu dürfen. Diese Genehmigung, welche das Einverständnis der gesamten Arbeiterschaft voraussetzte, wurde dadurch ins Reine gebracht, indem es kurz hieß: Wem das nicht paßt, der ist entlassen! Krasser kann wahrhaftig nicht der Scharfmachergeist der Firma beleuchtet werden. So könnte noch manches mehr aufgeklärt werden, doch genug einstweilen! Unsere Mitglieder im Betriebe sollten es sich aber nicht nehmen lassen, dafür zu sorgen, daß recht bald Licht werde in den Köpfen der uns noch Fernstehenden. Dann wird es auch soweit sein, allen Ausbeutungsgelüsten ein: Bis hierher und nicht weiter! zuzurufen zu können.

Chemnitz. In der am 5. April stattgefundenen Versammlung hielt Kollege Böhm das Referat: „Das neue Organisationsstatut und was bringt es uns?“ Er erläuterte die Vor- und Nachteile des neuen Statuts und erzielte reichlichen Beifall. Nach einer eingehenden Debatte wurde ein Antrag an den Verbandstag angenommen, welcher besagt, daß der vierte Staffellehrer nicht eingeführt werden soll, sondern ein anderer Entwurf fertigzustellen sei. Nach dem Schlußwort des Referenten werden die Kandidaten zum Verbandstage vorgeschlagen, und kommen die Kollegen Sträubel, Senft und Müdenberger dafür in Vorschlag. Sodann verliest der Vorsitzende das Wahlreglement. Die Wahl selbst findet am 24. April, vormittags zwischen 10 bis 12 Uhr, im „Annengarten“ statt. Es wurde noch beschlossen, zum Arbeiterfrühstück sich dem Festzuge anzuschließen, eventuell sollen dazu einige Kollegen in Wädertrecht erscheinen. Am 5. Mai findet eine schwarze Partei nach Limbach statt. Nach einer sehr lebhaften Debatte unter „Verschiedenes“ erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Greiz. Der weißblaue Wischnobski, nicht der gelbe, gab am 5. April hier eine Gastrolle, nachdem seit einem halben Jahre hier von unserer Mitgliedschaft keine regelmäßigen Versammlungen stattgefunden haben. Ein kleiner Stamm tüchtiger Kollegen hatte sich auch bereits zusammengesunden, welcher tapfer für die idealen Ziele der Organisation eintrat. Flug wurde der Retter des Handwerks von Berlin herbeigerufen und eine Versammlung anberaumt, zu der sich ein Duzend Wäderteiler und etwa 40 Gesellen eingeladen hatten. Bevor die Versammlung eröffnet wurde, wollte Kollege Bennetold-Gera Zeitungen verteilen, was ihm aber von dem bekannten Altenburger Reichmann, trotzdem die Versammlung als eine „öffentliche“ proklamiert war, verboten wurde. Das Referat Wischnobskis war ein sehr reichhaltiges, seine Hauptpunkte waren die Handwerksburschen, die das Ansehen des Gewerbes heruntergebracht hätten, die von den Liberalen eingeführte Gewerbefreiheit, die Schweinereien in den Wadstüben, die Webelbroschüre, die Opferfreudigkeit der Verbandsgegellen, und trotzdem das klägliche Fiasko unserer Anhänger in puncto Kasse, die Magdeburger Broschüre von Mößinger, einige Flugblätter, und schließlich die traurige Tatsache, daß die Berliner für Lude nicht bezahlen könnten. Wir mußten dem vielseitigen Wischnobski nachsagen, daß er diesmal aber sehr vorsichtig in manchen Punkten war. Vor allem stellte er den Führer der Wäderteilungen, Bernarb-Berlin, in eine nicht gerade schöne Beleuchtung; er sei zu lazig, wenn Schweinereien aufgedeckt würden, in der Hefengeschichte sei es auch so, weil er selbst mit Aktionär sei und der ganze Germania-Vorstand nicht fähig sei, den Nachwuchs zu erziehen. (Schönes Zeugnis; M. muß ja die Herren genau kennen! D. B.) In der Diskussion kam zunächst der Wäderteiler Harbmann, der alles unterreichen müsse, auch das vom Germania-Vorstand und von Bernarb. Die „Schweinereien“ würden vom Verbands übertrieben. Er sei auch in Hamburg gewesen, und die Wäderteiler dort hätten auch viel zu wünschen übrig gelassen — er hätte aber nichts gesagt. (Ein schöner Mut!) Nachdem der Wäderteiler Dr. Lämmer, mit dem sich vor kurzem die hiesige Tagespresse wegen Mäufredred im Betriebe beschäftigt hatte, sein Herz ausgeschüttet hatte, kam der Kollege Bennetold zu Wort, und man glaubte, jetzt nur noch zehn Minuten Redezeit gewähren zu können. Doch damit konnten sich die Greizer nicht abfinden, und selbst Wischnobski wollte einmal eine gründliche Lektion haben: Die ist ihm denn auch geworden; bejonders haben ihn die Klarlegung der fälschlichen Berichterstattung von Cassel betreffs der Mitgliederzahl und des Vermögens des Bundes, die Bettelbriefe ufm. kläglich berührt. Auch die Arbeitgeber kamen auf ihre Rechnung. Man konnte glauben, Dr. Lämmer bekäme einen Wut-anfall; er sprang auf und meinte, es sei eine Flegelrei, wenn der Bennetold ihn ansehe und Arbeitgeber sage, er sei Wäderteiler. Den Kollegen bereitete er hiermit einige heitere Minuten. Als Bennetold gendert hatte, kam im Schlußwort Wischnobski nochmals auf „Strafen“ im Verband zu sprechen; er hatte ein Buch, in welchem sechs Beiträge à M. 1 geklebt waren und Bennetold mußte ihn erst darüber aufklären, daß der Betreffende in einem geregelten Betriebe gearbeitet habe und diese Beiträge aus Solidarität zur Unterstützung für seine im Kampfe stehenden Kollegen geopfert habe. Das Wort Solidarität kannte er aber jedenfalls nicht.

Nun, Ihr Greizer Kollegen, nach dieser Versammlung müßt Ihr nun wissen, welchen Weg Ihr zu gehen habt! Auf eine Unterstützung zur Besserung Eurer Lage könnt Ihr bei Wischnobski nie rechnen; jagt er doch selber: das Geld wird nur dazu gebraucht, daß der Verbandstag stattfinden kann. Ihr

hat geübt, daß seine Forderungen gründlich widerlegt wurden, und auch die zwei Bäckereimeister sind Euch bekannt. Wenn es Orlamüder 1882 gegliedert wäre, so wäre er heute Brotfabrikant, und wie er ob seiner ganzen Handlungsweise vom Publikum eingeschätzt wird, wißt Ihr auch; ferner wißt Ihr, daß Bismarck selbst sagte (woran ihn Bennkefeld befragte), daß 95 p. Ct. der Bäckergesellen aus der ärmeren Bevölkerung stammen und beachtet, daß hier nur die Greizer Bäckereimeister s. d. h. n. das Treiben in Bewegung gesetzt haben. Auch dem Reismann seine Verhältnisse sind Euch bekannt. Wenn an Euch die nächste Einladung ergeht, so beweist also, daß man Euch nicht irre führen kann. Denn denselben Schwindel, den man Euch aufbürden wollte, müßt Ihr doch alle herausgefunden haben! Es ist der Gesellschaft nur darum zu tun, Euch im Interesse der Meister von der Organisation fernzuhalten, sowie von Eurem Gelde den Bundesrat abhalten zu können. Es sei für jeden ehrlich denkenden Greizer Kollegen die Parole: „Hinein in den Verband der Bäcker und Konditoren! Fort mit dem gelben Schwindel! Auf zur nächsten Versammlung in Marienbad.“

**Salle.** In der am 5. April im Kongreßhaus stattgefundenen öffentlichen Bäckergehilfenversammlung referierte Kollege Friedrich über: „Die Lohnbewegungen und Streiks in Frankfurt a. M., Karlsruhe und Offenbach, und welche Lehren ziehen die hiesigen Bäckergehilfen daraus“. Anwesend waren circa 100 Kollegen und ein Innungsmeister. Kollege Friedrich geisterte in scharfen Worten das Verhalten des hiesigen Innungsmeisters und der Kollegen, welche sich nach Frankfurt als Streikbrecher von demselben schicken ließen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung: „Diskussion“, ergriff der Innungsmeister (Vorstandsmitglied Frenzel) zuerst das Wort, konnte jedoch die Ausführungen des Referenten nicht widerlegen. Ein jüngerer Kollege, welcher bis Januar Mitglied des Verbandes war, dann aber ausstieg, weil in unsern Versammlungen seiner Ansicht nach sozialdemokratische Sachen (Gewerkschaftsartikelberichte usw.) zur Sprache kämen, meinte, ein schwächlich gebauter Kollege brauche nicht soviel Lohn wie ein starker. — Er ist Mitglied des Arbeiterflusses! — Ferner beteiligten sich an der Diskussion noch die Kollegen Geiersbach, Wolf und Werchau, welche im Sinne des Referenten auf die Notwendigkeit der Organisation hinwiesen. Eine eingegangene Resolution lautete: „Die heutige Versammlung protestiert aufs entschiedenste gegen die Verschickung von arbeitslosen Kollegen als Streikbrecher durch den Innungsarbeitsnachweis nach anderen Orten. Um aber gegen das Verhalten der hiesigen Innung zu reagieren, gelobt die Versammlung, nicht eher zu ruhen, als bis auch der letzte Kollege dem Verbandszugeführt ist, um diesen Streik einstmals wieder heimzuführen.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme. In einem kräftigen Schlusswort wies Kollege Friedrich die gegnerischen Angriffe zurück. Die interessante Versammlung brachte uns mehrere Aufnahmen.

**Herford.** In der Versammlung am 3. April beschäftigte man sich eingehend mit der Durchberatung des Statutenentwurfs zu unserm Verbandstage. Es wurden verschiedene Wünsche lebhaft debattiert und werden diese von den Bestürmten in Form von Anträgen zu richtiger Zeit eingebracht werden. Für den zu wählenden Delegierten für den Bezirk Herford wurde der Kollege Bjugsch, als Ersatzmann Kollege Greife einstimmig nominiert. — An die Stelle des ersten Vorsitzenden ist der Kollege Greife gewählt worden, da sein Vorgänger sich durch wirtschaftliche Umstände gezwungen sah, sein Amt niederzulegen.

**Karlsruhe.** Nachklänge vom Bäckereistreik. In letzter Nummer ist die Antwort vom Leibdragoon-Regiment wörtlich abgedruckt. Dort heißt es, daß die Dragoner Wünsche und Gehmann während ihres Osterurlaubs sich freiwillig bereit erklärt hätten, bei Herrn Bäckereimeister Reiff zu arbeiten. Diese Behauptung ist unrichtig. Die Arbeit beim Bäckereimeister Reiff ist lediglich nur auf die Abkommandierung zurückzuführen. Wenn die Militärbehörde noch Streikbrecher in wirtschaftlichen Kämpfen beordern kann, so ist es sehr bedauerlich, aber damit der Beweis erbracht, daß die Dienstzeit so bald wie möglich verkürzt werden muß. — Ein Hausreißer beim Bäckereistreik war auch der 59-jährige Bäckergehilfe Bischoff. Schon Jahr und Tag ist derselbe in feiner festen Stellung mehr gewesen, weil er den Bäckereimeistern zu alt war. Schlecht und recht hat er sich immer so klüglich durchgeholfen. Anstatt nun während des Streiks mit seinen Kollegen für bessere Verhältnisse einzutreten und den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen, ließ er sich von Herrn Gartner am Zirkel als Streikbrecher engagieren. Die Freude dauerte aber nicht lange; noch am nämlichen Tage, wo der Streik beendet wurde, hat Bischoff den wohlverdienten Fuhrtritt erhalten. Jetzt kann er sehen, wie er sich hinreißt. Die Karlsruher Gehilfen, welche den Bischoff vor dem Streik auf das tatkräftigste unterstützten, wollen nun natürlich mit demselben auch nichts mehr zu tun haben. An anderen Orten, wo jetzt, nach beendigem Kampfe, sich die hier überflüssig gewordenen Hausreißer einfinden sollten, wird man sie selten der anständigen Kollegen auch mit der ihnen zukommenden Achtung behandeln; keiner wird für Elemente, die den kämpfenden Kameraden in den Rücken fallen konnten, auch nur einen roten Heller übrig haben. Der erwähnte Bischoff wäre in Karlsruhe während des Streiks sicher durch Sammlungen über Wasser gehalten worden und hätte also nicht nötig, sich den Verrätern anzuschließen.

Nun einige Worte zu den Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten. Galtet daran fest, daß euch fortgesetzt die Kost herausgezahlt wird. Laßt euch nicht durch Fünkereien von seiten der Arbeitgeber foppen machen, sondern denkt daran, wie schwierig es war, den Karlsruher Arbeitgebern etwas abzurufen. Darum wollen wir weiter arbeiten und am Aufbau der Organisation mithelfen. Ein jeder Karlsruher Kollege mache es sich zum Prinzip, am großen Volkswort mit tätig zu sein und stetig neue Mauersteine demselben zuzuführen. Im nächsten Jahre schon können wir dann kommen und den Arbeitgebern zeigen, zu welcher Macht wir geworden sind. Unsere Lösung muß sein: Heraus aus dem Kostwesen bis auf den letzten Mann! Welchen großen Wert die Organisation hat, zeigt sich jetzt auch hier durch die Vertreibung vor dem Generobericht. M. 164 sind mit Hilfe der Organisation herausgeholt worden. Darum hinein in dieselbe, nur dort werden eure Rechte vertreten.

**Leipzig.** Am 13. März fand im „Volkshaus“ eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Freytag referierte über: „Staffelbeiträge“. Nachdem er die Beitragleistung von 1895 bis dato gestreift und die Entwicklung der Organisation erläutert, erklärte er, daß man wohl nicht umhin kommen würde, der Einführung der Staffelbeiträge zuzustimmen. In der Diskussion erklärten sich verschiedene Kollegen für, andere dagegen, aber fast alle gegen eine fünfprozente Beitragserhöhung von

50 auf 75 p. Die Versammlung wurde auf den 2. April vertagt, sie war an diesem Tage aber leider schwach besucht. Der Vorsitzende schlug vor, die Wahlhandlung am 24. April im Volkshaus vor sich gehen zu lassen. Fischer beantragte, mehrere Wahlbezirke einzuteilen. Der Antrag wurde abgelehnt und der des Vorstandes angenommen. Es findet demnach die Wahl der Delegierten am 24. April von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags im Volkshaus statt. Da Kollege Freiburger sein Amt als zweiter Schriftführer niedergelegt sowie der Kollege Lorenz wegen Abreise ausgeschieden ist, mußten Ersatzwahlen vorgenommen werden. Als zweiter Schriftführer wurde Paul Müller gewählt; die Wahl eines Revisors wurde vertagt. Zum dritten Punkt, „Statutenberatung und Anträge hierzu“, setzte, nachdem der Vorsitzende die von der Ortsverwaltung gestellten Anträge verlesen, eine lebhaft Debatte ein. Es wurden folgende Abänderungsvorschläge angenommen: § 9 Absatz 2: Für die Dauer der militärischen Übungen sind die Mitglieder von den Beiträgen befreit. § 14 (Beiträge). Der wöchentliche Beitrag wird durch Marken im Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) quittiert und beträgt für männliche Mitglieder über 16 Jahre 40 p bei einem Wochenverdienst bis M 18 (bis M 8 mit Kost und Logis), 50 p bei einem Wochenverdienst über M 18 bis 28 (über M 8 bis 16 mit Kost und Logis), 60 p bei einem Wochenverdienst über M 28 (über M 16 mit Kost und Logis); für weibliche Mitglieder, Lehrlinge und Hilfsarbeiter unter 16 Jahren 25 p. § 52. Der Verbandsvorstand und -auschuss haben das Recht, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder sich dafür erklärt. Ein außerordentlicher Verbandstag ist auch dann vom Vorstandsvorstand oder -auschuss, im gegebenen Fall vom Ausschuss allein, einzuberufen, wenn dies von der Zahl der Zahlstellen beantragt wird, deren Mitgliederbestand nach der Beitragsverrechnung des vorhergehenden Quartals mindestens ein Drittel des gesamten Mitgliederbestandes ist. § 1 (Unterstützungen). Wöchnerinnen werden als Kranke unterstützt. § 25. Jedes Mitglied erhält bei Arbeitslosigkeit am Orte oder auf der Reise oder bei Krankheit die Unterstützung in der Höhe und Dauer, wie sie im Reglement für diejenige Beitragsklasse vorgesehen ist, in welcher es ein volles Jahr seine Beiträge bezahlte. Bei einjähriger Mitgliedschaft kommt für die Unterstützungsstufe die am niedrigsten gezahlte Beitragsklasse in Betracht. § 45. Von dem Beitrag von 50 p an haben 10 p am Orte zu verbleiben. § 55 Absatz 1. Anstatt „Lohn“ der Verbandsvorstand „hat“ der Verbandsvorstand. — Es wurden folgende Kollegen als Delegierte für den Verbandstag vorgeschlagen: Rudolf Fischer, Alfred Fiß und Otto Wille. Die Mitglieder werden ersucht, am 24. April vollzählig im Volkshaus zu erscheinen. Die Versammlung am 17. April fällt aus.

**Mühlhausen i. Elsaß.** Am 5. April, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Lantke über: „Der Streik unserer Kollegen in Karlsruhe, und welche Lehren ziehen wir daraus“, referierte. Die Versammlung war mächtig besucht, worauf ja schon von vornherein gerechnet werden konnte, da die beiden Gehilfenvereine auch Versammlungen abhielten. Lantke führte den Streik in Frankfurt a. M. und Offenbach mit an und ersuchte die Anwesenden, durch Fernhalten des Zuges die Kämpfer weiter zu unterstützen. Dies sei ja von hier aus bisher durchgeführt und den Kollegen, die in dieser Beziehung ihre Pflicht getan, schulde man Dank. In der Diskussion sprach Kollege Sauer über das unkollegiale Verhalten verschiedener uns noch fernstehender Kollegen und schilberte gleichfalls die miserablen Arbeitsverhältnisse in Karlsruhe, gegen welche unsere Kollegen einen berechtigten Kampf führen; auch wurde eingehend das Verhalten der Innungsbeamten gewürdigt, welche durch Solawechsel die Meister abhalten wollen, die Forderungen der Gehilfen zu bewilligen. In der Versammlung wurden einige Mitkämpfer gewonnen. — Lantke referierte hierauf noch bei den Arbeitern der Leigwarenfabrik; auch diese Versammlung ließ an Besuch zu wünschen übrig. Sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Muebelfabrik gewillt, in einem Lohnkampf einzutreten?, lautete hier das Thema, und klar und deutlich bewies der Redner die Notwendigkeit eines Vorgehens in dieser Richtung. Hierzu sei aber vor allem erst eine gut ausgebaute Organisation in der Branche am Orte zu schaffen, und auch die Versammlungen müßten besser besucht werden. Redner ging auf die näheren Betriebsverhältnisse ein. Nur durch die Uneinigkeit der Arbeiter selbst sei der Fabrikant in der Lage, seine Kapitalien in so hohem Maße zu verfrachten. Deshalb sei unsere Aufgabe, von Mund zu Mund zu agitieren, um Einigkeit unter uns selbst zu erzielen. In die Diskussion wurde von mehreren Kollegen scharf eingegriffen, die die Ausführungen des Referenten unterstützten. Auch hier wurden mehrere Aufnahmen erreicht.

**Regensburg.** Am 5. April fand bei Ottenbacher eine Mitgliederversammlung statt. Hans Haslinger hielt ein vorzügliches Referat über die Steuerschraube im Deutschen Reich; er erntete großen Beifall. Als Kandidaten zum Verbandstag nach Berlin wurden Haslinger als erster und Max Rains als zweiter aufgestellt. Auch einige Anträge wurden zum Verbandstage gemacht. Hasl gab einen Bericht und Ueberblick über unsere Lohnbewegungen und Streiks und forderte auf, es löst kein Kollege, wenn er von hier abreist, in jene Städte gehen. Ferner empfahl er den Kollegen noch, das Arbeiterblatt „Die neue Donau post“ zu beziehen. Er gab auch den Handwerkskammerbericht, nach welchem sich einige Meister über schlechte Lehrlingsausbildung beschwerten und betonte, daß auch in unserm Beruf die Lehrlinge oft schlecht ausgebildet werden. Stangl gab noch den Kartellbericht bekannt und schloß dann Hasl hierauf die gut besuchte Versammlung mit der Aufforderung, bei der nächsten Gelegenheit wieder so zahlreich zu erscheinen.

**Stettin.** Für die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges traten hier die Bäcker in mehreren Versammlungen ein. Am 15. März wählte eine von über 150 Bäckern besuchte öffentliche Versammlung eine Lohnkommission, welche Forderungen ausarbeiten sollte. Am 31. März tagte eine zweite öffentliche Versammlung, in der der Tarifentwurf einstimmig gutgeheißen und beschlossen wurde, ihn sofort an die Wäckerinnung zu senden und um Verhandlungen darüber nachzugehen. Der Tarifvertrag enthält nur recht bescheidene Forderungen; wir werden im weiteren Verlauf der Bewegung näher auf ihn eingehen. Jeder Gerechtfertigte wird dies ohne weiteres einsehen; denn M. 23, die als Minimallohn angesetzt wurden, sind für eine täglich elfstündige Arbeitszeit geradezu ein Bettelgeld und zur Befreiung des Lebensunterhalts nicht ausreichend. Es ist ein tief beschämendes

Bezeugnis für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Stettiner Bäckereien, daß die Forderungen ihrer organisierten Arbeiterschaft nicht über dieses Unzulängliche hinausgehen, und es ist wohl zu erwarten, daß um diese bescheidenen Forderungen ein Kampf im Stettiner Bäckergewerbe nicht entbrennen wird.

**Strasbourg i. E.** Hier fand am 3. April eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Dreßler, des verstorbenen Kollegen Nibel. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Kollegen von drei Pfählen. Zum ersten Punkt: „Die Bedeutung des 1. Mai“, hielt Kollege Gaud einen kurzen Vortrag. Hierbei machte er die Kollegen mit den Forderungen bekannt, für welche die Arbeiterschaft am 1. Mai demonstriert. Die Befestigung der Nacharbeit, Maximalarbeitszeit am Tage auf höchstens acht Stunden und der 35stündige wöchentliche Ruhetag, das sind alles Forderungen, welche auch für die Kollegenchaft unseres Berufes in allererster Linie Interesse haben. Die Pflicht eines jeden Kollegen ist es, an der Demonstration teilzunehmen. Sehr lebhaft wurde die Debatte beim Punkt „Anträge zum Verbandstag“. Kollege Gaud erörterte die einzelnen Tagesordnungspunkte des Verbandstages. Beim Punkt „Staffelbeiträge“ wurde teilweise die Ansicht vertreten, die Staffelung der Beiträge abzulehnen. Besonders hart umstritten wurde die 75 p-Beitragsklasse durch Kollegen Dreßler. Der Uebergang aus einer Unterstützungsstufe in die andere kann zu unbilligen Härten führen, meinte Kollege Stulz. Folgende Anträge wurden gestellt und von der Versammlung fast alle einstimmig angenommen: Hinter „Steinmetz und Simonsbrotfabriken“ im § 2 Absatz 2 zu setzen: Pasteten und Konservenfabriken. Zu § 9 des Statuts als neuen Absatz zu setzen: In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit ruht die Beitragspflicht der Mitglieder, wenn diese keine Unterstützung vom Verband beziehen. Diese Wochen werden im Mitgliedsbuch durch Arbeitslosienmarken beklebt. Jedoch werden diese Wochen bei der Karenzzeit zur Unterstützungsberichtigung nicht mitberechnet. Durch die vorstehende Bestimmung bleibt den Mitgliedern jedoch das Recht unbenommen, die Beiträge in den erwähnten Fällen weiter zahlen zu können. Zu Punkt 7 der Tagesordnung des Verbandstages: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in ganz Deutschland in sämtlichen Zahlstellen eine Agitation gegen die Innungsstrafenlisten einzuleiten und eine Zusammenstellung anzufertigen, worin die Leistungen der Ortsstrafenlisten denjenigen der Innungsstrafenlisten gegenübergestellt werden. Antrag zum Statutenentwurf des Verbandsvorstandes, Reglement für Erwerbslosenunterstützung bei Punkt „Wartzeit“ (§ 6) anstatt: Die ersten sieben Tage usw. zu setzen: Die ersten drei Tage. Die Staffel mit der 75 p-Beitragsklasse zu streichen. Die Wahlkreiseinteilung für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag ist nach wirtschaftlich zusammenliegenden Mitgliedschaften vorzunehmen. Den nächsten Verbandstag im Elsaß abzuhalten. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Gaud aufgestellt. Bei Punkt „Ersatzwahlen“ wurden die Kollegen Schwab als zweiter Vorsitzender, Weesch als Revisor und Graf als Kartelldelegierter gewählt. Als Arbeitnehmerbeisitzer zur Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft sollen Dreßler, Karotta und Reßler vorgeschlagen werden. Unter „Geschäftliche“ wies Kollege Gaud unter anderem auf die öffentliche Versammlung hin und ersuchte um rege Propaganda für dieselbe.

— Hier tagte am Mittwoch, 6. April, eine öffentliche Versammlung, in welcher Gauleiter Lantke über das Thema: „Welche Lehren ziehen die Straßburger Kollegen aus den Streiks der Kollegen in Frankfurt, Offenbach und Karlsruhe?“ referierte. Er führte aus, daß sich die Kollegenchaft in Unbetracht der Verteuerung der Lebens- und Genussmittel sowie fast aller Gebrauchsgüter gezwungen sieht, auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Forderungen unserer Kollegen in Streikorten müssen als gerecht empfunden werden. Dies hat uns auch die Sympathie nicht nur der Arbeiterschaft, sondern weiter bürgerlicher Kreise eingetragen. Die traurige Lage der Bäckergehilfen im allgemeinen schildern, daß er ein Bild über den Stand resp. den Verlauf der Streiks. Hier in Strasbourg heiße es, unermüdet für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen, dann würden auch die Verhältnisse hier am Orte bald gebessert werden können. In der Diskussion wies Kollege Gaud darauf hin, daß es hier noch eine große Anzahl Meister gebe, welche die Maximalarbeitszeit fast täglich überschreiten; dies geschehe auch am Sonntag. Die Bäckereimeister gönnen den Gehilfen auch nicht einmal die drei Freinächte an Ostern, Pfingsten und Weihnachten. An Ostern konnten wir die Bäckereimeister Pipp, Kasch und Ledermann abfassen, wie in ihren Betrieben in der Freinacht gearbeitet wurde. Diese sind zur Anzeige gebracht. Die Bäckereimeister, welche ständig die Arbeiterchutzgesetze übertreten, müßten auf jeden Fall der Organisationsleitung angezeigt werden. Kollege Dreßler geisterte ebenfalls die miserable Entlohnung und die schlechten Kost- und Logisverhältnisse. Nach einem kernigen Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen. Einige Kollegen ließen sich auch in den Verband aufnehmen. Jetzt aber, Kollegen, weiter unermüdet agitieren, nicht erst immer bis zur nächsten Versammlung gewartet! Vorwärts, an die Arbeit zur Kleinagitation!

**Regesad-Blumenthal.** Da die Regesader Kollegen alle der Organisation angehören, so fand die öffentliche Versammlung im benachbarten Blumenthal im „Hotel Union“ am Sonntag, 10. April, statt, hauptsächlich um den Blumenthaler Kollegen Gelegenheit zu geben, sich über ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber der Organisation zu äußern. Kollege W. Diecker referierte unter dem Beifall der anwesenden Kollegen über: „Die Bestrebungen des Bäckers- und Konditorenverbandes“. In der Diskussion schilberte der Kollege G. F. die Verhältnisse am Orte und forderte die Blumenthaler Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, dann würde es möglich sein, auch in diesem Bezirke das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber abzuschießen. Vier Kollegen traten dem Verbandsbeirat bei. Der Referent hieß im Schlusswort die Neuzutretenden als Mitkämpfer herzlich willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß es hoffentlich bald gelingen möge, auch den letzten Kollegen im Bezirke dem Verbandszugezuführen. Nach einem warmen Appell des Vorsitzenden wurde die so schön verlaufene Versammlung geschlossen.

# Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Kongress der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands. Der dem Reichstage kurz vor den Osterferien zugegangene Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bringt neben einigen notwendigen und seit Jahren erwarteten Reformen derart erhebliche Verschlechterungen für die versicherte Arbeiterschaft, daß derselbe den einmütigen Protest der gesamten Arbeiterschaft herausfordert. Bereits der vorjährige, zur öffentlichen Diskussion gestellte Vorentwurf begegnete in den Kreisen der Versicherten und Arbeitgeber einhelliger Zurückweisung. Der neue Entwurf hält im wesentlichen an den reaktionären Plänen der Reichsregierung gegen die Selbstverwaltung der Versicherten fest und es bedarf der tatkräftigsten Agitation der Arbeiterschaft aller Organisationsrichtungen, um rechtzeitig auf die Beratungen des Entwurfs im Reichstage Einfluß zu gewinnen.

Es war anzunehmen, daß die erste Beratung im Reichstage kurz vor der Vertagung des letzteren stattfinden und der Entwurf einer Kommission zugewiesen würde, die während des Sommers tagen sollte. Nunmehr berichtet die Tagespresse indes, daß beabsichtigt sei, die Vorlage schon in der ersten Woche nach dem Zusammentritt des Reichstages, also in der Zeit vom 12. bis 16. April, in erster Beratung zu erörtern und eine Verständigung in der Kommission über die neuen Grundzüge der Reform noch vor der Vertagung des Reichstages herbeizuführen. Die letztere ist bereits für die erste Woche im Mai vorgesehen.

Dieses beschleunigte Tempo der Verabschiedung eines so umfangreichen Gesetzeswerkes zwingt die Arbeiterschaft, sofort Stellung zu dem Entwurf zu nehmen und ihre Forderungen geltend zu machen, denn jede Aktion der Arbeiterschaft, um auf die Gestaltung des Gesetzes einzuwirken, würde vergeblich sein, wenn die Grundzüge des Gesetzes bereits in der Kommission festgelegt sind.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat die Veranstaltung eines Allgemeinen Kongresses aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands zum 25. April d. J. in Berlin in Aussicht genommen. Zu diesem Kongress sollen alle Organisationen gewerkschaftlichen Charakters zugelassen werden, und es sind bereits die entsprechenden Einladungen an die Zentralverbände sowie an die Zentralen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, Christlichen Gewerkschaften und die Polnische Berufsvereinigung ergangen. Auch die sonst bestehenden Organisationen gewerkschaftlichen Charakters von Arbeitern und Angestellten, die keiner Zentrale angehören, können an diesen Kongress teilnehmen und wollen sich diesbezüglich mit der unterzeichneten Generalkommission in Verbindung setzen.

Das Tagungslokal sowie die Tagesordnung und die Referenten des Kongresses werden bekanntgegeben, sobald ein Einverständnis darüber mit den übrigen Gewerkschaftszentralen erzielt ist.

Wir bitten alle Gewerkschaften Deutschlands, ungesäumt zu diesem Kongress Stellung zu nehmen und hoffen, daß die Beteiligung an demselben der Bedeutung der notwendigen Abwehraktion entspricht. Außerordentliche Umstände sind es, die ein solches Handeln bedingen. Die deutsche Arbeiterschaft wird zeigen, daß sie ihre Rechte und Interessen wohl zu wahren weiß.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
L. Segten, Berlin SO 16, Engelauer 14/15.

Nach den letzten Mitteilungen der Presse haben die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen die Einladung zu diesem Kongresse jedoch abgelehnt, und zwar mit der Begründung, sie hätten bereits an einer Konferenz teilgenommen, die sich mit dergleichen Sachen befaßt habe.

Die Generalversammlung der Kupferschmiede tagte in der Woche nach Ostern in Mannheim. Nach dem Geschäftsbericht zählte der Verband am 1. Januar 1910 4445 Mitglieder. Er hatte in der Vorzeit (drei Jahre) eine Zunahme von 402 zu verzeichnen. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 1909 M. 128 088. In der Debatte über den Vorstandsbericht war man mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen einverstanden. In einem Referat des zweiten Vorsitzenden des Verbandes, H. e. t. Berlin, sprach dieser ausführlich über die Organisierung der jugendlichen Arbeiter. Die Organisierung müsse sich künftig mehr um diese kümmern. Auf diesem Gebiete sei bisher viel veräumt worden, das nachgeholt werden müsse. Die jugendlichen Arbeiter müßten so erzogen werden, daß, wenn sie selbständige Arbeiter werden, wissen, welchen Weg sie zu gehen haben. Und hier können die freien Jugendorganisationen sehr viel tun. Einzelne Gewerkschaften hätten ja eigene Jugendabteilungen für ihre Organisation geschaffen. Für den Verband wäre dies sehr schwierig, da 74 pZt. der Lehrlinge in Kleinbetrieben tätig sind. Was der Verband tun könne, sei, die Jugendlichen aufzufordern, der freien Jugendorganisation beizutreten und dann den Mitgliedern dieser Organisation, wenn sie in den Verband eintreten, die Beiträge anrechnen.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Debatte, die sich in der Hauptsache um die Jugendfrage drehte. Als Resultat der Debatte werden dem Vorstand zwei Resolutionen zur Erörterung überwiesen. In der ersten Resolution wird gesagt, daß die Lehrlinge in die Organisation aufzunehmen sind. Der Vorstand wird beauftragt, mit den Vorständen der in der Metallindustrie in Frage kommenden Organisationen zwecks gemeinsamer Veranstaltungen für die in der Metallindustrie tätigen Lehrlinge in Verbindung zu treten. Die zweite Resolution will die Anregung, eine monatliche technische Beilage für die Fachzeitung zu schaffen, dem Zentralvorstand zur Prüfung überweisen.

Bei Entgegennahme des Berichts vom Gewerkschaftskongress — in dem der Berichterstatter darüber klage führte, die kleinen Organisationen seien auf dem Gewerkschaftskongress zurückgesetzt worden, die Leitung des Kongresses sei nicht einwandfrei gewesen — wurde folgende Resolution in bezug auf die Mitarbeiter angenommen: Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des sechsten Gewerkschaftskongresses einverstanden. Sie kann aber in diesen Beschlüssen keineswegs die Aufhebung oder Kürzung der Rechte erblicken, die den Mitgliedern infolge ihrer Beitragsleistung an den Verband zustehen, wenn sie infolge Beteiligung an der Mitarbeiter gemindert werden. Die Generalversammlung hält vielmehr als würdigste Beteiligung an der Mitarbeiter die Arbeitsruhe. Sie erwartet, daß so wie bisher die Mitarbeiter in allen den Betrieben durch Arbeitsruhe zum Ausdruck gebracht wird, wo sich mindestens drei Viertel der in den einzelnen Betrieben Beschäftigten dafür erklären. Bei den sich aus der Mitarbeiter ergebenden Maßregelungen dürfen irgendwelche Forderungen nicht gestellt werden.

Bei der Beratung der allgemeinen Entwürfe wurde ein Antrag, der den Zentralvorstand beauftragt, eine Geschichte des Verbandes herauszugeben, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Statutenberatung nahm zwei Tage in Anspruch. Von den wichtigsten Beschlüssen seien erwähnt: Bei den Aufnahmebedingungen wurde ein Antrag Chemnitz angenommen, wonach Lehrlinge, welche im letzten Lehrjahre stehen, Mitglied des Verbandes werden können. Das Eintrittsgeld, das bisher M. 2 betrug, wird auf 50 M. festgesetzt. Für Lehrlinge soll das Eintrittsgeld 20 M. betragen. Der wöchentliche Beitrag wurde mit 36 gegen 8 Stimmen von 60 auf 65 M. erhöht. An den Unterstützungseinrichtungen wurden eine Reihe Änderungen vorgenommen.

Die Festsetzung der Gehälter für die angestellten Vorstandsmitglieder zeitigte eine fast endlose Debatte. Die Rechnungskommission wollte nur ein Höchstgehalt von M. 2800 bewilligen. Scholz-Hamburg beantragte, das Anfangsgehalt auf M. 2000 festzusetzen, steigend pro Jahr um M. 100 bis zu M. 2500, dann steigend pro Jahr um M. 50 bis M. 3000. Der Antrag der Kommission wurde schließlich abgelehnt und der Antrag Scholz mit großer Mehrheit angenommen.

Die Verbandsleitung wurde wiedergewählt, ebenso der Ausschussvorsitzende.

**150 000 Mitglieder im Fabrikarbeiterverband!**  
Nun kann auch der Fabrikarbeiterverband nach dem Zurückgehen der industriellen Preise von einer flotten organisatorischen Vorwärtsbewegung berichten. Die beiden ersten Monate dieses Jahres brachten dem Verbande einen Zuwachs von rund 6000 Mitgliedern, der Monat März allein dieselbe Zahl. Am Schlusse des ersten Jahres sind seit Gründung des Verbandes waren erst wenig über 5000 Mitglieder gewonnen, am Schlusse des zweiten waren es schon fast 25 000, am Schlusse des dritten mehr als 50 000, und heute, kurz vor Abschluß des vierten Jahres, zählt die Organisation 150 000 Kämpfer und Kämpferinnen. Doch ein großes, unbeadertes Feld bietet sich dem Verbande noch zu organisatorischer Auflockerung. Waren doch nach der letzten Volkszählung in Ziegelleien, Zement-, Gips- und Kalkfabriken 283 569 Hilfsarbeiter beschäftigt, in der chemischen Industrie, einschließlich der Seifen- und Delfabriken, 162 022, in Papierfabriken 89 874, in Lederfabriken 29 606 und in Gummi- und Linoleumfabriken 23 210. Das sind rund 600 000 Arbeiter in den Industriezweigen, aus denen sich die Mitglieder des Verbandes hauptsächlich rekrutieren. Die reguläre Auflage des Verbandsorgans beträgt nur 150 000 Exemplare. Diese Zahl deckt sich mit der Zahl der Mitglieder, da der Verband noch die „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder und das polnische und italienische Gewerkschaftsblatt an männliche Mitglieder abgibt, insgesamt 7000 Exemplare. Aus Anlaß dieser nun erreichten hohen Mitgliederzahl erscheint „Der Proletarier“ in doppelter Auflage als Agitationsnummer ausgehakt. Möge sie gute Wirkung haben und die meist unter besonders schlechten Arbeitsverhältnissen ausgebeuteten Fabrikarbeiter in noch größerer Anzahl unter die Fahne der Organisation rufen, um die Mitgliederzahl von 200 000 baldigt voll zu machen.

## Genossenschaftliches.

Unser Genossenschaftsstart hat außer den bereits genannten Vereinen noch anerkannt der Konsumverein zu Gienburg, welcher einen Bademeister und sechs Bäder beschäftigt. Das sind nunmehr insgesamt 135 tariffreie Vereine, welche zusammen 108 Bademeister und 1666 Bäder beschäftigen.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg, die nach dem Warenumsatz und der Mitgliederzahl größte und bedeutendste Konsumentenorganisation Norddeutschlands, erstattet einen interessanten Bericht über das am 31. Dezember 1909 abgeschlossene erste Geschäftsjahr. Die „Produktion“ hat schon seit der 1899 erfolgten Gründung die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt, die je nach ihrer wirtschaftlichen Stellung den ständigen Aufschwung mit Freude oder Bedenken betrachten.

Im Geschäftsbericht wird hervorgehoben, daß trotz der im Anfang des Jahres noch vorherrschenden gedrückten Geschäftslage sich der Umsatz stark vermehrte. Während im Jahre 1908 für M. 8 041 755,32 Waren an die Mitglieder verabfolgt wurden, stieg der Umsatz im Berichtsjahre auf M. 10 045 936,34; mithin ein Mehr von M. 2 004 181,02.

Die Mitgliederzahl weist ebenfalls gegen das Vorjahr die beträchtliche Zunahme von 6777 auf und betrug am Jahresabschluss 41 875.

Entgegen der sonst in den Konsumvereinen üblichen Gepflogenheit erhalten die Mitglieder die sogenannte Dividende am Jahresabschluss nicht in bar ausbezahlt. Für jedes Mitglied wird vielmehr ein sogenanntes Notfondskonto eingerichtet. Diesem Konto wird die dem einzelnen Mitgliede nach Maßgabe seines Einkaufes zustehende Rückvergütung, in diesem Jahre einschließlich Rabatt 5 pZt., gutgebucht, bis die Summe von M. 100 erreicht ist. Aus diesem ihrem Notfonds können die Mitglieder in Notfällen Waren oder bares Geld entnehmen. Der Verein unterhält jetzt 76 Verkaufslokalitäten, darunter drei Broiläden.

Die Sparabteilung der Genossenschaft verzinst Einlagen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern mit dem seit Errichtung dieser Abteilung feststehenden Zinsfuß von 3½ pZt. Belegt sind in der Sparkasse von 12 060 Sparern insgesamt M. 4 361 080,30. Die Spargelder finden vorwiegend in den eigenen Grundstücken sichere Anlage.

Bekanntlich betreibt die Genossenschaft auch eine umfangreiche Eigenproduktion, wie Bäckerei, Schlachterei, Mineralwasserfabrikation, Kaffeerösterei, Klempnerei, Tischlerei und Reparaturwerkstätten. Die in den Eigenbetrieben der Genossenschaft hergestellten Waren betragen 40 pZt. des Gesamtumsatzes.

Als Bauverein hat die Genossenschaft ebenfalls Erfolge aufzuweisen und besitzt jetzt außer den umfangreichen Betriebsgebäuden 50 Wohnhäuser mit 540 Wohnungen; in Angriff genommen sind noch mehrere Wohnbauarbeiten. Der Personalbestand hat sich gegen das Vorjahr um 98 Personen vermehrt; insgesamt werden 686 Personen beschäftigt.

Mit sämtlichen in Betracht kommenden Gewerkschaften sind Tarife vereinbart, nach welchen sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln. Die Bilanz balanzierte in Aktiva und Passiva mit M. 8 618 929,22.

Jeder unbefangene Beobachter, ob Freund oder Gegner der Konsumgenossenschaften, muß anerkennen, daß die „Produktion“ nicht nur überragende Fortschritte gemacht hat, sondern daß dies große wirtschaftliche Unternehmen auch auf durchaus sicherer und solider Grundlage ruht.

## Aus dem Innungslager.

„Der Brotfabrikant“, das Organ verschiedener Verbände der Brotfabrikanten ist so freundlich, sich mit unserm bevorstehenden Verbandstage zu befassen. Die Frage des Zusammenschlusses aller Verbände der Nahrungsmittelindustrie, insbesondere der Verschmelzung mit dem Verbande der Müllererbeiter, macht den Herren anscheinend schon rechte Kopfschmerzen; nachdem es den Stand der Dinge auf Grund der Darstellung in Nr. 14 unseres Organs wiedergegeben hat, fügt es das Folgende hinzu:

So wenig diese Zeilen auch Positives enthalten, so viel sagen sie, daß über ein Nacht ein großer Verband der Nahrungsmittelindustrie entstehen kann.

Der Schwerpunkt würde speziell in der Vertretung von Müllerei- und Bäckereiarbeitern liegen.

Die Konsequenz ist hier die, daß wenn der zukünftige Nahrungsmittel-Industriearbeiterverband Bäcker und Müller umfaßt, sobald er den Schladtruf erschallen läßt, neben seinen bisherigen Mitteln, die Räder stillzusetzen, auch das Mittel der Mehlsperrung in die Hände bekommt.

Das Arbeitgebertum im Bäckereigewerbe mag diese Situation vielleicht nicht schon in nächster, jedenfalls aber — wenn eine Verschweigung des Müller- und Bäckerverbandes stattfindet — in absehbarer Zeit zu fürchten haben, und mit immer stärkerer Stimme mahnt die Zeit: Sei auf der Hut, Arbeitgebertum im Bäckereigewerbe, die Stunde ist nicht mehr fern, da, so wie jetzt im Baugewerbe, sich düstere Wolken auch ob Deinem Haupte zusammenballen werden.

Nun — ob die Verschmelzung kommt oder nicht —, die „düsteren Wolken am Himmel“ auch ob Deinem Haupte, Arbeitgebertum im Bäckereigewerbe, werden kommen! Dafür ist uns die Rückständigkeit in Deinem Haupte, mit welcher Du Dich gegen die bescheidensten zeitgemäßen Forderungen der Arbeiter kemmst, leider genügende Garantie. Wenn Du Hug wärest, so würdest Du einen guten Mitarbeiter in Gestalt vernünftiger Vereinbarungen mit den Organisationen der Arbeiterschaft erachten, ehe es einschlägt!

## Aus grünliger und gelber Werkstatt.

Einen gemeinen Schurkenreich leisteten sich die gelben Bäckergehilfen von Solingen. Ein glühender Wind wehte uns folgendes an die Bäckerringung von Solingen gerichtete Schreiben zu.

Solingen, den ... Januar 1910.  
Die handwerkstreuen Bäckergehilfen von Solingen und Umgegend teilen der Freien Bäckerringung von Solingen die Bäckereien mit, wo Verbandsgehilfen beziehungsweise Gegner beschäftigt sind.

Nr.	Name	Wohnung	Besondere Bemerkung
1	Abriou .....	Scheidterstraße	Mitgeselle
2	Melchior .....	Kaiserstraße	2 Gehilfen
3	Ernst Tilmex ..	Hochstraße	
4	Hrn. Karl Tilmex	Goldstraße	
5	Ernst Dorfmueller	Kaiserstraße	2 Gehilfen (Schlimme)
6	Meier .....	Felberstraße	
7	Fischer .....	Schützenstraße	2 Gehilfen (das Haupt des Verbandes)
8	Broche .....	Schützenstraße	
9	Putsch .....	Schloßstraße	Der Gefährlichste
10	Bamp .....	Burgstraße	
11	Höferech .....	Kreuzweg	
12	Unshelm .....	Kaiserstraße	1 Gehilfe
13	Bremen .....	Burgstraße	Bei der letzten Wahl gegen uns

Weitere Anmeldungen folgen.  
Der Vorstand.  
J. B.: Wilhelm Schönlein,  
erster Vorsitzender.

Daß die gelben Bäckergehilfen in Solingen auf dem Gebiet der Angeberei und Schwarzgererei alles Erdenkliche leisten, war uns schon immer bekannt und haben wir schon bei mancher Gelegenheit nachgewiesen. Hier haben wir es aber wieder einmal schwarz auf weiß, daß dieser gelben Gesellschaft kein Mittel zu unrein und gemein ist, um es zu nichtswürdigen Zwecken zu gebrauchen.

## Literarisches.

Die Wahlrechtsvorlage. Verhandlungen des Preussischen Abgeordnetenhauses nach dem amtlichen Stenogramm der Sitzungen vom 10. bis 12. Februar 1910. Preis 60 M. Herausgegeben von der Landeskommision der preussischen Sozialdemokratie. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68.

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion. Von Max Maurenbrecher. VI: Die Propheten, Skizze der Entwicklung der israelitischen Religion. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68.

Aus Mansfelds Ehrentagen. Bilder aus dem Streit der Mansfelder Bergleute um ihr Recht. Von \*\*, Halle a. d. S. Verlag von W. Thiele. 96 Seiten stark, 50 M. Gegen Einsendung von 60 M. in Briefmarken freie Zusendung.

Anleitung zur Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie Handel und Verkehr in Geschäftsanteilen von G. m. b. H. Mit Formulardruck. Verlag von Otto Herm. Hirsch, Dresden. Preis M. 5.

Preussisches Gewerbesteuergesetz. Schwarz & Co., Berlin S, Dresdenerstr. 80.

Jahrbuch des Deutschen Arbeiterstenographenbundes und der Volksstenographen Oesterreichs und der Schweiz für das Jahr 1910.

Arbeitersekretariat Dessau. Vierter Jahresbericht 1909. Selbstverlag des Sekretariats.